



PROTOKOLL

DER 5. SITZUNG DES EINWOHNERRATES,

8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort **Donnerstag, 25. August 2011** **19.00 – 22.00 Uhr**
Aula Rheinfallhalle, Neuhausen am Rheinfall

Präsenz 19 Einwohnerräte (ER)
 Gemeindepräsident (GP)
 4 Gemeinderäte (GR)
 Gemeindeschreiberin
 Aktuarin

Vorsitz ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Entschuldigt ER Renzo Lojudice (SP)

Protokoll

Das Protokoll der 3. Sitzung vom 5. Mai 2011 hat im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.

Das Protokoll der 4. Sitzung vom 30. Juni 2011 hat im Ratsbüro noch nicht vollständig zirkuliert. Die Genehmigung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Mitteilungen

- Rücktritt RPK-Mitglied Ivo Muntwyler (SVP) per 31. Oktober 2011.

Neueingänge

- Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Durchführung Rheinfallfeuerwerk

Traktandenliste

1. Wahl von zwei Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2009 - 2012
2. Bericht und Antrag betreffend kommunale Zeitung für Neuhausen am Rheinfall (Kommissionsbericht)
3. Interpellation August Hafner (SP): Steuergesetzrevision – Ist die gedeihliche Entwicklung von Neuhausen am Rheinfall gefährdet?
4. Postulat Rolf Forster (SVP): Raserei auf der Brunnenwiesenstrasse
5. Interpellation Felix Tenger (FDP): Stromsparen bei der Strassenbeleuchtung
6. Interpellation Willi Josel (SVP): Amtsvormundschaft reformieren?
7. Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Attraktiviertes und schönertes Ortszentrum
8. Motion Felix Tenger (FDP): Einführung einer GPK

Die Traktandenliste wird genehmigt.

**Pendente Geschäfte:**

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Volksmotion	Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk		08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt.	Bis 31.12.2009. 2. Fristerstreckung bis 31.12.2011.

Pro memoria:

Kleine Anfrage	Arnold Isliker SVP betreffend Ortszentrum	05.08.2011
----------------	-------------------------------------------	------------

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

Geschäft	Datiert:	Behandlung ER / Status:
-	-	-

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich begrüsse Sie zur 5. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr.

Ganz besonders begrüssen möchte ich Vreni Bernhard (SP) zu ihrer ersten Einwohnerratssitzung und wünsche ihr viel Spass und interessante Stunden bei uns im Einwohnerrat.



TRAKTANDUM 1 Wahl von zwei Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2009 - 2012

Wahlvorschläge:

ER Willi Josel (SVP)

Sie wissen, dass es nicht einfach ist, jemanden für die Rechnungsprüfungskommission zu finden. Wir haben eine Person im Auge gehabt, aber diese Person hat sich aus persönlichen Gründen entschieden, dieses Amt nicht anzunehmen. Nun waren wir in einer Situation, dass wir gesagt haben, wenn wir niemanden haben, dann können wir heute auch niemanden präsentieren. Das hat sich an sich nicht geändert, aber wir haben eine Person gefunden, die dieses Amt sehr wohl ausfüllen könnte. Diese Person hat sich aber eine Frist ausbedungen, ob er das wirklich machen möchte, denn es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, das wissen wir. Das ist der Stand der Dinge. Ich habe Ihnen das mitteilen wollen, wie das heute weitergeht, welche Kandidaten wissen wir absolut nicht. Wir können nichts versprechen aber wir könnten in dieser Periode noch eine Person bringen, wenn sie uns dann auch zusagt.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Wir haben den Vorschlag der SP-Fraktion. ER Peter Gloor stellt sich für dieses Amt zur Verfügung. Jetzt stellt sich die Frage, nehmen wir diese eine Wahl heute vor und stellen die zweite Wahl zurück. Die Wahl der Ersatzperson von Ivo Muntwyler. Wer diesem Vorgehen so zustimmen möge, solle das bitte bezeugen mit Handerheben.

Diesem Vorgehen wird mit 18 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

ER Jakob Walter (parteilos)

Es gibt eigentlich nichts dazu zu sagen. Alle hier im Raume kennen ER Peter Gloor.

Wahlresultat:

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	19
Maximalstimmen	19
Leere Stimmen	1
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	18
Absolutes Mehr	10
Es hat Stimmen erhalten:	
Peter Gloor	SP 17 gewählt
Vereinzelte	1

ER Peter Gloor (SP)

Ich möchte mich ganz herzlich bei denen bedanken, die mich gewählt haben und ich werde mich bemühen, die Arbeit zur vollsten Zufriedenheit zu machen.

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch



Die Ersatzwahl für Ivo Muntwyler wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Das Geschäft ist somit teilweise erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend kommunale Zeitung für Neuhausen am Rheinfall (Kommissionsbericht)

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Am 23. September 2010 war der Einwohnerrat auf das Geschäft eingetreten und hat eine 5-er-Kommission gebildet. Diese Kommission hat nun bereits den 2. Bericht vorgelegt, der den 1. Bericht ersetzt. Ich gebe damit dem Kommissionspräsidenten ER Jakob Walter (parteilos) das Wort.

Erläuterungen:

ER Jakob Walter (parteilos)

Danke, es hat dazwischen nochmals einen Bericht gegeben, den der Einwohnerrat nicht einmal zu Gesicht bekommen hat, so schnell war er überholt. Das ist also die 3. Version.

Ich habe versucht, den Kommissionsbericht kurz und knackig zu fassen – Entschuldigung für den Tippfehler auf Seite 2 – und schiebe deshalb noch etwas mündlich nach.

Eine eigene Informations-Plattform ist wichtig für die Identität einer Gemeinde, fürs Gewerbe, für Vereine und für die Meinungsbildung. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, das sei für eine Gemeinde so nötig wie ein attraktives Ortszentrum, Sportstätten und kulturelle Einrichtungen, und dürfe ebenso etwas kosten.

Der erste Kommissionsbericht hatte noch, ohne grosse Begeisterung, die Annahme einer Offerte empfohlen, die von den SN (Schaffhauser Nachrichten), ebenfalls ohne grosse Begeisterung, unterbreitet worden war. Mit dem Auftritt eines Konkurrenten wurde Neuhausen unvermittelt zur umworbenen Braut – in diesem Falle verbesserte die Konkurrenz das Angebot tatsächlich.

Ein persönlicher Eindruck: Bei Thomas Stamm war Unternehmergeist zu spüren, bei den SN ging es um Abwehr, um die Verteidigung einer Grenze. Man kann vermuten, dass die SN bereit waren, auch in ein unrentables Geschäft einzuwilligen, wenn sich damit ein Terraingewinn des Konkurrenten verhindern liess. Wenn Kuhn-Druck die Offerte der SN übernahm und weiterentwickelte, führt das zu einer Pufferzone zwischen SN und SLZ (Schaffhauser Landzeitung). Das dürfte im Interesse der SN liegen, wobei ich nicht darüber spekulieren will, ob sie sich dafür bei Kuhn-Druck erkenntlich zeigt.

Noch zwei Anmerkungen zu Pressekommentaren: Die Meldung der AZ, wonach Kuhn-Druck im Besitze des Verlagshauses Meier sei, wurde inzwischen berichtigt. Die Mutmassung des "Schaffhauser Bocks", auf Grund von gemeinsamen geschäftlichen Interessen könnte eine bei Kuhn-Druck angesiedelte Redaktion durch die SN ferngesteuert werden, ist durch Zusagen von Dieter Mändli, Inhaber der Kuhn-Druck, klar von der Hand zu weisen und würde zweifellos auch im Vertrag, den der Gemeinderat mit dem Auftragnehmer abzuschliessen hätte, ausgeschlossen.

Ich danke den Kommissionsmitgliedern, allen voran Peter Schmid, über den die Kontakte zu den Anbietern hauptsächlich liefen, Gemeindepräsident Stephan Rawyler und Protokollführerin Ester Wermelinger, aber auch Thomas Stamm, dessen Intervention uns zu wesentlich besseren Angeboten verhalf.

Ich bitte Sie im Auftrag der Kommissionsmehrheit, dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

*Eintretensdebatte:*ER Jakob Walter (parteilos)

Nun schliesse ich die Fraktionserklärung der SP an: Mit grosser Mehrheit unterstützt die Fraktion die Schaffung einer kommunalen Zeitung, wobei aber auch die Offerte Stamm Anhänger hat. Keine Unterstützung findet die 20'000-fränkige "integrierte Variante", also Neuhauser Seiten in der Streunummer der SN – und das auch im Fall, dass das 60'000-fränkige Angebot abgelehnt würde. Um die Gemeindefinanzen haben wir uns noch nie goutiert; wir würden Hand bieten zur Abschaffung der Bürgerkommission, womit sich die Kosten einer Zeitung kompensieren liessen.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Wir von der ÖBS sind in dieser Sache etwas gespalten, aber ich war Mitglied in dieser Kommission und habe mich eingesetzt für eine günstige Variante und das ist auch meine persönliche Einschätzung, dass dann vielleicht doch noch über andere Varianten abgestimmt wird und uns doch auch noch die günstigere Variante anschauen. Es ist ja, bei der sich abzeichnenden Budgetknappheit aufgrund der neuesten Entwicklungen. Ich denke, deshalb muss man, wenn man etwas Verantwortung spürt, sich Gedanken machen, ob eine günstigere Variante, als jene, wie sie von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagen wird, auch angeschaut wird.

ER Marco Torsello (FDP)

Eine Neuauflage der Rheinfallwoche – das wäre schön! Denn wer erinnert sich nicht gerne zurück an die informativen Berichte, bei denen man in jeder Zeile merkte, wie viel Herzblut, wie viel Arbeit, wie viel Aufopferung in dieser Zeitung steckte. Doch die Rheinfall Woche gibt es leider nicht mehr! Nun soll der Einwohnerrat den Gemeinderat beauftragen eine Leistungsvereinbarung zur Herausgabe einer neuen kommunalen Zeitung für unsere Gemeinde zu treffen. Dafür soll ein jährlicher Beitrag über Fr. 60'000.00 zur Verfügung gestellt werden. Auch wir hätten Freude an einer neuen kommunalen Zeitung und trotzdem stellt die FDP-Fraktion aus diversen Gründen ein Fragezeichen hinter diesen Antrag:

Grund 1: Die Situation in der Medienlandschaft hat sich in den letzten 10 Jahren gewaltig verändert. Die Zeitungen haben vermehrt mit einem Rückgang von Abonnements zu kämpfen. Gleichzeitig haben Gratiszeitungen und vor allem das Internet an Bedeutung gewonnen, vor allem bei den jüngeren Generationen. Das Überleben einer kommunalen Zeitung wird somit zu einem harten Kampf mit absolut unsicheren Zukunftsaussichten. Wir müssen uns ernsthaft fragen: Hat diese Zeitung wirklich Zukunft?

Grund 2: Klar ist eine kommunale Zeitung sicherlich wertvoll für eine Identitätsstiftung in der Gemeinde. Doch wie wir eben gerade sehen, ist ein Überleben einer solchen kommunalen Zeitung scheinbar nur noch möglich, wenn eine Gemeinde Geld zur Verfügung stellt. Doch in wie vielen der rund 2500 Schweizer Gemeinden gibt es eine Zeitung, die von der Gemeinde und somit indirekt durch den Steuerzahler getragen wird? Ich würde mal schätzen, dass wir in Neuhausen mit einer solchen Forderung in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, wie wir sie eben gerade erleben, eine Ausnahme sind. Können wir uns diesen Luxus wirklich leisten?



Grund 3: Nun soll ein Unternehmen eine Zeitung gestalten, drucken und herausgeben für rund Fr. 60'000.00 jährlich. Wer garantiert der Gemeinde, dass es in vielleicht zwei oder drei Jahren nicht plötzlich heisst: "Uns reichen diese Fr. 60'000.00 Fr nicht, wir brauchen mehr Geld." Wo wäre die Limite der Gemeinde? Ich bin mir sicher, dass es, vorausgesetzt es würde soweit kommen, dann plötzlich heisst: "Ja, jetzt haben wir schon so viel Geld hineingesteckt. Es wäre schade das Ganze fallen zulassen. Sprechen wir doch ein paar weitere Fr. 1000.00 zu." An dieser Stelle würde mich vom Gemeinderat interessieren, ob eventuell vor rund 3 Jahren darüber diskutiert wurde, wie viel die Gemeinde ein Fortbestand der Rheinfallwoche gekostet hätte!

Grund 4: Eine Zeitung ist ein wirtschaftliches Produkt, wie auch ein Buch, ein Kühlschrank, ein Paar Schuhe, was auch immer wir uns vorstellen mögen. Wer ein wirtschaftliches Produkt anbietet, muss einfach selbst die Verantwortung über Erfolg oder Misslingen übernehmen. Ich bin der Meinung, dass jedes Unternehmen, das etwas anbietet, schlussendlich ein unternehmerisches Risiko zu tragen hat und zwar selbst.

Grund 5: Es wurde oft erwähnt, dass das Gewerbe wieder eine Plattform wünscht um inserieren zu können. Für viele Gewerbetreibende seien die Inseratekosten in den SN viel zu hoch, rund 50 % höher als sie in der Rheinfallwoche waren.

Ich bin zwar kein Unternehmer, aber hätte ich eine Firma, würde ich lieber für 50 % mehr finanziellen Einsatz in einem Medium inserieren wollen, bei dem ich schlussendlich fünfmal mehr Leser abholen kann. Da hätte ich ja aus meinen Kosten viel mehr herausgeholt.

Aus all diesen Gründen lehnt die FDP Fraktion den Antrag ab.

ER Peter Schmid (SVP)

Neuhausen am Rheinfall will eine moderne, aufstrebende Gemeinde sein. Mit dem neuen Ortszentrum wurde ein Anfang gemacht. Das reicht aber bei Weitem nicht, will man neue Einwohner und auch Gewerbetreibende anlocken. Von nun an sollte Neuhausen am Rheinfall stetig aus- und aufgebaut werden. Dazu braucht es auch eine gut funktionierende Kommunikation innerhalb der Gemeinde. Und wir haben nun die Möglichkeit, mit der Annahme des Antrages der Kommission einen weiteren Schritt für ein zukunftsorientiertes Neuhausen am Rheinfall mit einer lokalen Zeitung zu machen.

Eine lokale Zeitung ist sehr wichtig, um in einer Gemeinde Identität zu stiften. Das sind nicht meine Worte, das sind die Worte unseres Gemeindepräsidenten Stephan Rawyler anlässlich eines Interviews in der Nullnummer der Schaffhauser Nachrichten. Eine neue Zeitung ist eine Plattform für die Bewohnerinnen und Bewohner in der Gemeinde, sie ist sehr wichtig für das Vereinsleben, für die Detaillisten, für das Gewerbe, für die Industrie, für das Ortsmarketing und natürlich für die Gemeindebehörden selber. Kurz, für alle Einwohnerinnen und Einwohner und für sämtliche Institutionen, welche in unserer Gemeinde ansässig sind.

Und es ist ja so, dass nicht ich so eine Zeitung will, dass nicht irgend eine politische Partei diese Zeitung will, es sind ja vor allem die Einwohnerinnen und Einwohner, die die Rheinfallwoche schmerzlich vermissen und eine neue Zeitung befürworten. Und gerade diese Einwohnerinnen und Einwohner vertreten wir ja hier. Hören Sie also auf die Stimme des Volkes und stimmen Sie diesem Antrag zu.

Alle jene, welche zu diesem Antrag nein sagen, sind genau diejenigen, welche nie oder ganz selten am Freitagabend auf dem Markt anzutreffen sind. Ihnen rate ich, setzen Sie sich einmal am Freitagabend an einen Tisch am Markt, trinken Sie einen halben Liter und sprechen Sie mit den



Einwohnerinnen und Einwohnern und Sie werden bald merken, wie Sie diese Leute hier im Einwohnerrat zu vertreten hätten. Diese Zeitung hat ja nichts mit Parteipolitik zu tun und wir sollten alle zusammen im Namen der Einwohnerinnen und Einwohner handeln.

Fr. 60'000.00 sind nicht wenig, es ist aber auch nicht viel, wenn man den Gegenwert erkennt, und dieser ist unbestritten vorhanden. Ich wäre auch damit einverstanden, den Vertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren zu begrenzen und danach das ganze nochmals neu zu beurteilen.

Ich bitte Sie noch einmal, diesem Antrag zuzustimmen, das Stimmvolk wird es Ihnen an den nächsten Wahlen bestimmt danken, oder halt eben auch nicht. Und wenn Sie schon nicht zustimmen können, aus was für Gründen auch immer, dann bitte ich Sie, sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Ich danke Ihnen herzlich.

Die Fraktion der SVP wird diesem Antrag mit einer Enthaltung zustimmen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Einwohnerrat Peter Schmid hat das ganz schön formuliert und ich kann diesem Votum eigentlich nur zustimmen. Die CVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Können Sie sich an den Namen "Echo vom Rheinfall" erinnern? Die Redaktion war in den 40-er Jahren im vergangenen Jahrhundert an der Bahnhofstrasse. Dann kam die "Rheinfallpost". Interessanter Weise aus dem Hause Kuhn Druck, dann gab es die "Rheinfallwoche" und jetzt gibt es wieder die Anstrengung für eine neue Zeitung. Was haben alle diese erstgenannten drei Zeitungen gemeinsam? Es gibt sie alle nicht mehr! Das sollte einem eigentlich zu denken geben. Ist tatsächlich der Raum Neuhausen am Rheinfall genügend gross um eine eigene Zeitung zu erhalten. Gibt es genügend Junge, gibt es genügend Inserate, ist das so? Wartet das Gewerbe wirklich auf eine neue Zeitung? In einer Zeit, in der die Börsenkurse nach Süden zeigen, sprich neue Tiefsturse anstreben, ist das wirklich die Zeit, eine neue Zeitung zu gründen? Ist es tatsächlich aus Volkes Stimme? Ich gehe regelmässig an den Markt und dort hat es immer wieder Leute, die mir sagen, macht nur keine neue Zeitung, wir haben sonst schon genügend Altpapier, wer soll das noch lesen? Ich denke, es gibt immer verschiedene Stimmen an einem Markt, deshalb ist es ja auch so spannend. Ich möchte wirklich ernst sein, Fr. 60'000.00 aus dem Mund des SVP-Sprechers, sei eine geringe Summe, das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das hört vermutlich die andere Seite bei anderen Geschäften dann auch wieder. Ich muss wirklich sagen, es ist ganz klar, es sind zwei Exponenten dieses Rates, die wirklich und das in der Kommission auch klar und deutlich gesagt haben, wir wollen eine Zeitung. Sie haben sich jeglichen Gegenargumenten verschlossen und sie haben ebenfalls ausdrücklich in der Kommission gesagt, es interessieren sie keine Gegenargumente. Sie wollen eine Zeitung. Der Gemeinderat ist nach wie vor nicht davon überzeugt, dass das die richtige Investition ist. Sehr geehrte Damen und Herren, Schaffhausen hat 75'000 Einwohner und Einwohnerinnen. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Schaffhauser Nachrichten nicht plötzlich in einer grossen Schweizerischen Zeitung untergehen und nur noch ein Kopfblatt sind. Aber was machen wir, wir verzetteln uns noch. Die Schaffhauser Nachrichten beginnen zu streiten mit der Stamm-Druckerei, mit der Schaffhauser Landzeitung. Die Klettgauer Zeitung gehört bereits mehr oder weniger den Schaffhauser Nachrichten. Richtig, Konkurrenz belebt das Geschäft und hat sicher zu tieferen Angeboten geführt, aber man muss auch einmal überlegen, wieso sind diese tieferen Angebote gekommen? Sind diese auf Dauer auch wirklich so tief? Ist das eben nicht der Schnäppchenpreis, mit dem man uns locken will und in zwei Jahren kommt man dann vielleicht und sagt, Fr. 60'000.00 genügen nicht mehr, wir brauchen Fr. 80'000.00 und in zwei Jahren



Fr. 100'000.00 und dann geht das so munter weiter? Wenn wir die Zeitung einmal haben, ist es schwierig, sie wieder abzuschaffen. Das ist auch mir klar. Auch ich vermisse die Rheinfallwoche, das gebe ich ganz offen zu, denn sie war immer spannend zu lesen. Wenn wir aber ehrlich sind, haben wir die letzten 3 Jahre sehr gut überstanden auch ohne Rheinfallwoche. Ich habe weder bei mir noch bei Ihnen einen wirklichen Schaden festgestellt. Wir haben Politik machen können, wir haben Abstimmungen gewonnen, wir werden Abstimmungen in nächster Zeit verlieren. Das ist nicht weiter schlimm; das kommt auch vor. Das alles ohne Zeitung! Was ich aber feststelle, ist, dass sich unsere Finanzen in einer bedrohlichen Schieflage befinden und wir uns nicht laufende und wiederkehrende Kosten aufbürden sollen. Wenn wir tatsächlich hören würden, das Gewerbe würde Zehntausende von Franken für Inserate aufwerfen, dann würde ich an diese Zeitung vielleicht glauben. Ich glaube aber nicht daran, dass das Gewerbe in der heutigen Zeit tatsächlich Geld frei hat, dass es noch eine weitere Zeitung bestücken wird, denn der Kundenkreis im übrigen Kantonsgebiet und in der übrigen Agglomeration ist auch irgendwann ausgeschöpft. Es ist eigentlich ein Glück, dass die Schaffhauser Nachrichten mit Frau Härdi so eine gute Journalistin gefunden haben. Sie hat sich wirklich bewundernswert schnell in Neuhausen eingelebt und schreibt immer wieder über interessante Themen. Ist es aber geschickt, an einer Person so ein Projekt wie eine Zeitung aufzuziehen? Macht das wirklich Sinn? Was passiert, wenn sich diese Frau für einen anderen Lebensweg entscheidet? Wenn sie sagt, sie will eine Familie? Sie will nach Holland gehen, wo sie studiert hat? Wie sieht es dann aus? Sind Sie dann immer noch so begeistert? Dann muss der Kuhn-Druck eine neue Journalistin suchen, die wir nicht kennen. Lassen Sie sich nicht von der Idee verführen, Sie könnten Ihre Leserbriefe wieder prägnant vorfinden und sich darauf freuen, dass diese so schön abgedruckt werden. Das ist ein zu hoher Preis, den Sie dafür zahlen, diese Fr. 60'000.00. Die Kommunikation der jungen Generation findet vermehrt ausserhalb der Printmedien statt. Was wir hier machen ist, wir satteln und zäumen wunderschön ein totes Pferd auf. Eine Idee, die zwar schön tönt, aber eben nicht zukunftsfruchtig ist. Wir würden wirklich besser unsere Kräfte in diesem Kanton bündeln und schauen, dass die Schaffhauser Nachrichten und die Schaffhauser AZ und auch der Schaffhauser Bock und allenfalls eine Zeitung im Klettgau überleben. Dass wir jetzt faktisch noch eine Quartierzeitung auf die Beine stellen für teures Geld, da geben Sie, geschätzte Damen und Herren, das Geld falsch aus. Ich bin überzeugt, die Nein-Stimmen werden ebenfalls eine sehr grosse Gefolgschaft haben im Volk, die zwar sagen, es wäre schön gewesen, aber nicht alles, was schön ist, können wir kaufen. Die Nahversorgung ist ja auch etwas sehr Wichtiges wegen der Kommunikation. Sie haben vielleicht gelesen, der Coop an der Zollstrasse möchte schliessen. Das ist dann das nächste Postulat für die Unterstützung für einen Tante-Emma-Laden? Ist das übernächste Postulat die Unterstützung von Ärzten, die hier bitte eine Klinik aufmachen mögen? Wo findet das denn ein Ende? Das wären alles auch ehrenwerte und schöne Postulate. Aber hier kommen wir einfach nicht weiter. Der Gemeinderat ist deshalb nach wie vor der Ansicht, dass sein Antrag richtig ist. Es sei das Postulat von Einwohnerrat Dr. Jakob Walter vom 13. November 2008 als erledigt abzuschreiben. Es ist ihm klar, dass die Stimmung in diesem Rat vermutlich anders sein wird und er stellt Ihnen deshalb als Eventualantrag das Begehren, es sei die Variante der Schaffhauser Nachrichten für eine integrierte Ausgabe im Umfang von Fr. 20'000.00 pro Jahr zu bewilligen. Der Hauptantrag des Gemeinderates ist aber nach wie vor die Abschreibung dieses Postulates. Wir haben schlicht und einfach nicht das Geld für solche Unternehmungen, so schön sie auch tönen, so nett sie auch wären. Wir müssen uns jetzt darauf konzentrieren, was für unsere Gemeinde wichtig ist und was uns vorwärts bringt. Wir können es uns einfach nicht leisten eine Investition in die Printmedien zu machen auch wenn ich in die journalistischen Fähigkeiten von Claudia Härdi grosses Vertrauen habe. Auch wenn ich grosses Vertrauen in den Sachverstand von Dieter Mändli habe. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, dass sich die Gemeinde auf dieses Abenteuer einlässt und ich bitte Sie wirklich, nicht nur auf Ihr Herz zu hören sondern auch auf Ihren Verstand und hier Nein zu sagen zu diesem verführerischen Angebot. Auf Dauer wird es Ihrer finanziellen Linie nur gut tun, wenn sie hier Nein sagen. Besten Dank.

*Detailberatung:*ER Arnold Isliker (SVP)

Als Unternehmer, der von der jetzigen Situation direkt betroffen ist, was sich im europäischen Markt abspielt, ist mir sehr wohl weislich bekannt, was in Zukunft finanziell in unserer Gemeinde abgehen wird. Die Voten von unserem Gemeindepräsidenten haben wie Balsam auf meine Seele gewirkt. Wenn Einwohnerrat Peter Schmid (SVP) sagt, wir sollen am Markt auf die Volkstimme hören, stellen wir fest, dass es eine Handvoll Leute sind (80 bis 100 Stück), die eine Zeitung wollen. 80 bis 100 Personen wollen diese Zeitung nicht, gemäss Votum vom Gemeindepräsidenten. Die Stimmung geht da auseinander. Es ist eine Gratiszeitung, die verteilt werden würde. 30 % unserer Bevölkerung sind unserer Sprache nicht mächtig, können die Zeitung also gar nicht lesen und die gehen einkaufen wo immer sie wollen. Also 30 % kann man schon mal abschreiben. 30 % werfen sie so oder so in den Abfalleimer, weil sie die Zeitung nicht lesen und dann sind vielleicht noch 10 % bis 15 % und für die wollen wir Fr. 60'000.00 ausgeben? Ich appelliere an euer Gewissen, können wir uns das leisten? Wenn wir die zukünftigen Finanzen, welche uns Gemeinderat Dino Tamagni erläutern könnte, wenn er wollte, aber dafür ist jetzt keine Zeit, dann muss ich an Euch appellieren, dass wir noch andere Geschäfte haben, die anliegen. Wenn ich nur an das Altersheim denke, an die Strassensanierungen usw. was da noch alles auf uns zukommen wird, dann stehen mir die wenigen Haare, die ich noch habe, zu Berge. Ich bitte Euch, seid vernünftig. Wenn schon, dann könnten wir uns auf die "Fr. 20'000.00 Variante", die uns Gemeindepräsident Stephan Rawyler vorgetragen hat, noch einigen aber nicht Fr. 60'000.00. Im Herbst kommt dann noch die Vorlage über den Kehrrecht, da gibt es dann nochmals Streitereien, wo die Fetzen fliegen werden und Steuersenkungen und Steuerrabatte sind in nächster Zeit weit vom Tisch. Wenn wir schon diskutieren wollen, dann müssten wir über eine Steuererhöhung diskutieren in nächster Zeit, damit wir über die Runden kommen, wenn wir wissen, was noch alles auf uns zukommt. Ich bitte Euch, meine Damen und Herren, seid vernünftig. Es wäre schön, wenn wir wieder eine Zeitung im Stile von Rudolf Zürcher hätten, wo mit Herzblut die Zeitung vorgetragen wird, aber diese Zeiten sind Tempi Passati und wie schon von Gemeindepräsident Stephan Rawyler gesagt wurde, ob wir dann in 2 bis 3 Jahren immer noch mit Frau Härdi rechnen können und dann geht alles wieder von vorne los. Ich werde mich der Stimme nicht enthalten, Einwohnerrat Peter Schmid. Ich werde dagegen stimmen.

ER Felix Tenger (FDP)

Ruedi Zürcher hat sich während seiner Zeit als Herausgeber der Rheinfallwoche grosse Verdienste erarbeitet. Er hat eine interessante Zeitung gemacht. Er war Herausgeber, er war Verkäufer, er war Journalist. Er hat alles mit seiner Frau gemacht. Die Zeitung war gut und ich kann sagen, die Rheinfallwoche fehlt! Aber meiner Ansicht nach gibt es gewichtige Gründe, die dagegen sprechen, dass jetzt die Gemeinde hier in die Bresche springt. Der erste Punkt ist ordnungspolitischer Art und da muss man sich einfach fragen, gehört es zu den Aufgaben einer Gemeinde, hier in diesem Gebiet aktiv zu werden? Ich bin der Meinung, eine Gemeinde kann dann aktiv werden, wenn es keine privaten Anbieter gibt oder gäbe, aber es ist ja keine Wüste. Wir haben ja verschiedene Zeitungen, die in regelmässigen Abständen herauskommen. Wir haben die Schaffhauser Nachrichten, die meiner Meinung nach, seit es die Rheinfallwoche nicht mehr gibt, einiges mehr von Neuhausen berichtet, als dass sie es vorher tat. Ich habe einfach den Verdacht, dass dann sobald die neue Zeitung erscheint, sie wieder etwas weniger schreibt und die geplanten Artikel in der Rheinfallwoche kommen, entsprechend dann nur von der Gemeinde honoriert wird. Dann gibt es auch noch einen finanzpolitischen Grund. Der wurde bereits von mehreren Rednern erwähnt. Wir haben vom vorherigen Finanzreferenten etwas gehört. Vielleicht hören wir auch noch etwas vom jetzigen Finanzreferenten. Da muss man sich einfach fragen, haben wir das Geld? Nicht für eine Investition,



sondern für wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 60'000.00. Für eine Investition hätten wir vielleicht noch Hand geboten aber ich muss sagen, hier reden wir von wiederkehrenden Ausgaben von Fr. 60'000.00, die die Rechnung jedes Jahr belasten werden. Der dritte Grund ist medienpolitischer Art. Hier spreche ich auch direkt die Medien an bezüglich der Unabhängigkeit. Diese Leute, die dann für diese Zeitung schreiben, sind das dann eine Art Gemeindeangestellte oder wie funktioniert das? Können die dann wirklich noch kritisch über die Gemeinde oder den Gemeinderat schreiben? Ich weiss, dass Hans Otto vom Galgenbuck sich jeweils sehr prägnant über die Debatten im Gemeinderat und Einwohnerrat geäußert hat. Wird das dann die neue Person ebenfalls machen können oder wird sie sich hüten, etwas allzu Kritisches zu schreiben, weil sie dann Angst hat, dass vielleicht gar kein Geld mehr kommt? Der vierte Punkt. Wenn man sich in der Medienlandschaft umschaute und sich fragt, ja wie viele Gemeinden gibt es denn, die eine Zeitung unterstützen und herausgeben, dann muss man feststellen, dass – ich kenne keine – es keine gibt. Ich habe dann zufälligerweise vor einigen Wochen in der NZZ einen Artikel über Bülach gelesen: Keine Chance für Bülachs Stadtblatt. In Bülach kann der Stadtrat kein eigenes Stadtblatt herausgeben: "Im Gemeinderat wurde (Gemeinderat in Bülach = Einwohnerrat in Neuhausen) am Montag der jährlich wiederkehrende Kredit von Fr. 104'000.00 mit 25 : 0 Stimmen abgelehnt. Eine Rückweisung der Vorlage hatte keine Chance. Die Redner meinten, Sie seien sich bewusst, dass ein Umbruch in der Medienlandschaft stattgefunden habe. Trotzdem würde die Exekutive kaum alle Schichten der Bevölkerung erreichen um Hintergrundinformationen über anstehende Projekte in der Stadt zu vermitteln." Das zeigt meiner Ansicht klar, dass sich die Medienlandschaften im Umbruch befinden. Wenn jetzt die Gemeinde Neuhausen noch das Gefühl hat, sie solle sich hier als Player noch einmischen, dann muss ich einfach sagen, dann sind wir wirklich am falschen Ort und wir sind die falsche Person. Es sind meiner Meinung wirklich andere, die dann die unternehmerischen Risiken tragen müssen und deshalb empfehle ich im Einklang mit meinem Vorredner, Einwohnerrat Marco Torsello (FDP), das Postulat abzuschreiben und keinen Kredit zu sprechen.

ER Peter Schmid (SVP)

Ich möchte noch etwas korrigieren zu dem, was Gemeindepräsident Stephan Rawyler gesagt hat. Ich habe nicht gesagt, dass Fr. 60'000.00 nichts wären. Ich habe genau gesagt, Fr. 60'000.00 sind nicht wenig, es ist aber auch nicht viel, wenn man den Gegenwert erkennt. Ich habe nie gesagt, dass Fr. 60'000.00 nichts sei. Dann muss ich noch dazu sagen, jedes Unternehmen muss damit rechnen, dass gewisse Leute weggehen und sich anders orientieren oder sonst irgendwie nicht mehr zur Verfügung stehen. Das ist das unternehmerische Risiko und das muss ersetzt werden. Das kann man nicht davon abhängig machen, ob Frau Claudia Härdi hier bleibt oder nicht. Daran kann man nicht eine Zeitung ablehnen oder annehmen. Zu den Voten von Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP) muss ich sagen, es sind alles Spekulationen, die er aufgestellt hat, wer und wie die Zeitung gelesen wird. An der Fraktionssitzung hast Du mir gesagt, dass Du Dich der Stimme Enthaltung wirst. Dass Du jetzt dagegen bist, ist mir völlig neu.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich wurde jetzt schlauer.

ER Peter Gloor (SP)

Ich möchte noch etwas zur Aussage unseres Gemeindepräsidenten betreffend Schliessung Coop Schützengut sagen. Das war sicher vor vier Jahren. Ich bin Mitglied des Regionalratsausschusses Coop Nordostschweiz. In der Fünfjahresplanung ist die Schliessung nicht vorgesehen. Ich habe viel Zeit investiert und denen gesagt, dass das ein Entwicklungsgebiet ist von Neuhausen. Es wurde mal



an einen Pronto-Shop gedacht, dannzumal. Zurzeit ist dann nichts auf der Schiene bei uns. Es ist natürlich schwierig, wenn während 14 Tagen die Zollstrasse gesperrt ist und die Parkplätze belegt sind und die Anlieferung kommt so daher gekrochen und am Abend kann man das Zeug wieder nach Hause nehmen. Das ist wie, wenn Tamagni ein Fest macht und der Umsatz stimmt nicht. Das ist ein Leerlauf. Ich möchte nicht, dass morgen in der Zeitung steht, Coop schliesst die Filiale Schützengut.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich war ja ein grosser Fan von Ruedi Zürcher und seiner Zeitung. Ich bin Gewerbetreibender, der keinen Nutzen als Inserent in dieser Zeitung hatte, aber trotzdem wahrscheinlich mehrere tausend Franken in Kleininserate gemacht habe. Seien es Gratulationen oder gute Wünsche zu Weihnachten etc. Ich war eigentlich froh, als ich hörte, dass eine neue Zeitung kommen wird. Der erste Blick täuscht oft und mit der Zeit wird man auch ein bisschen schlauer und ich bin vielleicht wie Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP) etwas über die Bücher gegangen. Ich habe mir mal die Argumente aufgeschrieben, weshalb ich skeptisch geworden bin und wahrscheinlich ablehne oder sicher ablehne. Ruedi Zürcher hatte damals sogar Einnahmen aus Abonnements. Ich weiss nicht, wie viel. Zweitens weiss ich, dass die Nachfolgeorganisation der Rheinfallwoche beim Gemeinderat Antrag auf Unterstützung erfragt hat. Das wäre noch interessant, wenn man wüsste, wie viel Geld das war, dann wüssten wir auch jetzt, wie viel dort gefehlt hat und die Zeitung, die gestanden war, eingeführt war, beliebt war, um die Zeitung retten zu können. Dann wären das die Beiträge, die wir heute sprechen müssten, damit auch die nächste Zeitung funktioniert. Sonst kommt die Salamiaktik in 2 bis 3 Jahren. Fr. 60'000.00 reichen nicht, Fr. 80'000.00 müssen her und wer ist dann der Selbstmörder, der die Zeitung killt? Sicher nicht der Einwohnerrat. Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP) hat die Haushalte, die die Zeitung erreichen, erwähnt. Die Auflage sei – ich habe mich erkundigt – 5'200 und ich habe mich auch erkundigt, es sind 4'700 Haushalte und von diesen Haushalten sind vielleicht 1/3 Ausländer z.T. fremdländischer Sprache. Ich kann Ihnen aus der Bürgerkommission mitteilen, dass wir früher in den Jahren z.Zt. der Rheinfallwoche die Bewerber dazu genötigt haben, wenigstens die Rheinfallwoche mal zu lesen, dass sie vielleicht die Fragen, die 14 Tage nach dieser Nötigung kamen, uns beantworten konnten. Viele wussten gar nicht, dass das eine Zeitung von Neuhausen war. Auch in den heutigen Gesprächen, das hat sich wahrscheinlich rumgesprochen, dass man sagen muss, man lese die Rheinfallwoche, existiert die Rheinfallwoche immer noch. Wir müssen den reellen Preis wissen, den wir hätten aufbringen müssen, um die Rheinfallwoche zu retten. Dann möchte ich auch wissen, wie viel muss die Gemeinde mehr inserieren, wegen dieser neuen Zeitung. Ich nehme an, sie könne nicht sämtliche Inserate regional in Neuhausen zirkulieren lassen, wenn es um Stellengesuche oder andere wichtige Inserate geht. Ferner stört mich, dass kein Masterplan existiert. Es stehen hier einfach die Fr. 60'000.00. Ich behaupte, es braucht Fr. 100'000.00. Jeder kann sagen, es braucht so viel oder so viel für die Zeitung und er liegt falsch. Das stört mich auch, das Gewerbe hätte vielleicht in der Zwischenzeit einmal eine Umfrage starten müssen. Wie viel Geld wäre seitens des Gewerbes zu erwarten, wenn diese Zeitung käme. Wir wissen nicht wirklich, wie das alles genau läuft. Deshalb stelle ich hier den Antrag: Wenn uns garantiert wird, dass uns die Firma Kuhn Druck AG für die nächsten 4 Jahre eine Zeitung liefert, wie sie in der Offerte erwähnt ist, bin ich bereit einen einmaligen Geldbetrag als Anschubfinanzierung von Fr. 120'000.00 zu sprechen. Dann sehen wir, wie ernsthaft diese Offerten jetzt sind. Das müsste den Unternehmer doch direkt reizen, uns Gemeinderäten und Einwohnerräten zu beweisen, dass ich es mit den Fr. 120'000.00 als Anschubfinanzierung schaffen werde. Ich begreife, dass niemand ohne eine Anschubfinanzierung eine Zeitung auf die Beine stellen kann, ausser er hat so viel Geld. Ich stelle den Antrag, Anschubfinanzierung Fr. 120'000.00. Das ist mein Entgegenkommen und sonst kann ich leider nicht zustimmen.



ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Kannst Du diesen Antrag bitte noch schriftlich liefern?

Gemeinderat Dino Tamagni

Vorhin war der Name des Finanzreferenten gefallen, zumindest vom Neuen. Ich will einen kurzen Ausblick wagen in die Zukunft und zwar, wie sich die gestaltet, wenn Sie dann den Finanzplan und das Budget 2012 nächstens erhalten werden. Das Budget hat der Gemeinderat gestern abgeschlossen. Ich danke meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für den Handstand, den alle bei dieser Budgetsitzung gemacht haben. Das Resultat werden Sie dann erfahren, wenn die Rechnungsprüfungskommission es geprüft hat. Der Investitionsplan wird bei dieser Gelegenheit auch abgenommen. Der Investitionsplan sieht für 2012/2013 noch ein normales Investitionsbudget vor, wie es eigentlich in der Vergangenheit war. 2014/2015 wird es dann eng. Wir haben Investitionen drinnen z.B. Kirchackerschulhaus, die Badi, das Altersheim Schindlergut, Umbauten im Werkhof etc. ebenfalls auch Investitionen von Strassenzügen, die gemacht werden müssen, weil sonst das Ganze auseinanderfällt. Wenn wir da diese Investitionen tätigen, hat das unmittelbar Einfluss auf die laufende Rechnung, auf das Budget, weil wir Abschreibungen tätigen müssen und das Ganze auch verzinsen. Die Zinsen sind zurzeit im Keller, aber Abschreibungen müssen wir trotzdem tätigen. Wenn Sie sich überlegen Fr. 5 Mio. z.B. zusätzlich wie gehabt, dann sind das Fr. 5 Mio., wenn wir diese auf 20 Jahre abschreiben, dann gibt das ungefähr eine viertel Million auf das Jahr zusätzlich abzuschreiben. Etwa ein Steuerprozent. Einfach so als Aussicht. Das ist aber noch nicht alles. Das Altersheim Schindlergut ist ein Altersheim, das als Altersheim gebaut wurde und nicht als Pflegeheim, zumindest der grössere Teil. Da steht eine gröbere Sanierung an. Eine gröbere Sanierung sage ich bewusst, damit sich jeder Einwohnerrat Gedanken darüber machen kann, was das wohl heissen soll. Alle, die damals am Altersheim Rabenfluh noch mitgearbeitet haben, wissen, dass ein Bett etwa Fr. 300'000.00 kostet. Wenn wir dann die Anzahl Zimmer zählen, die im Altersheim Schindlergut vorhanden sind, dann sind das ungefähr 130 mal Fr. 300'000.00. Dann wissen Sie, von welcher Zahl wir in Zukunft sprechen. Das geschieht irgendwann dann 2017/2018. Das sind lockere Fr. 40 Mio., die wir dann aufbringen müssen. Ob wir das hier bauen, an einem anderen Ort, ob wir umbauen, spielt dabei keine Rolle, denn Umbau ist meistens gleich Neubau. Wir sprechen hier von lockeren Fr. 40 Mio. Diese müssen irgendwann finanziert werden und ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, was hier vorgeht. Wollen Sie eine Zeitung oder wollen Sie die Infrastruktur der Gemeinde sichern?

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich möchte noch etwas zum Bedenken geben. Ich glaube nicht, dass die Fr. 60'000.00 reichen. Das wird sowieso im Bereiche von Fr. 100'000.00 liegen, wie die ersten Offerten waren. Da bin ich persönlich davon überzeugt und die Nachforderungen werden kommen. Das ist ein ziemliches Abenteuer, das wir hier eingehen mit offenem Ende. Das zweite ist, es kostet uns jetzt schon nicht nur Fr. 60'000.00 und wahrscheinlich noch etwa Fr. 20'000.00 mehr, weil die neue Zeitung das Publikationsorgan der Gemeinde sein sollte und die Inserate immer nochmals geschaltet werden müssen, die von der Gemeinde in irgendeiner Form publiziert werden. D.h. wir reden jetzt schon von Fr. 80'000.00 und das ist wirklich finanzpolitisch nicht mehr verkraftbar. Ein sog. Open End.

ER Jakob Walter (parteilos)

ER Markus Anderegg (FDP): Inserate, die man in einer Neuhauser Zeitung aufgeben könnte, wenn es um die amtlichen Publikationen geht, müssen selbstverständlich nicht noch irgendwo anders



publiziert werden, weil diese ja so in jeden Briefkasten kommen, und man hätte die billigeren Inseratekosten damit. Hier spart die Gemeinde.

ER Walter Herrmann (FDP): Dein Antrag ist naiv. Es liegt nicht daran, dass eine solche Zeitung eine Investition braucht und dann auf eigenen Beinen steht, sondern es liegt daran, dass man eine Zeitung einer solchen Grösse nicht kostendeckend betreiben kann, ausser man ist ein Ruedi Zürcher.

ER Felix Tenger (FDP): Es tut mir leid, dass Du keine Gemeinde kennst, die eine solche Zeitung hat. Ich wiederhole deshalb gerne, was ich damals schon gesagt habe, als der Gemeinderat seinen Antrag gestellt hat. Weit im Osten gibt es eine Gemeinde namens Feuerthalen, die hat ungefähr 3'000 Einwohner, leistet sich eine Zeitung, die zweiwöchentlich erscheint und 8 Seiten hat und bezahlt pro Jahr Fr. 142'000.00. Es gibt mindestens eine.

ER Arnold Isliker (SVP): Du hast uns zwar schon vorgerechnet, dass 30 % nicht lesen können, 30 % möchte die Zeitung nicht lesen und dann noch 15 % bleiben und dass man für eine solche Minderheit nicht unbedingt eine Zeitung machen muss? Ist die Musik, die von der Gemeinde auch Beiträge bekommt, nicht auch eine Minderheit? Sind die Fussballer, für die wir durchschnittlich Fr. 200'000.00 pro Jahr ins Langriet stecken, nicht auch eine Minderheit? Wahrscheinlich noch die viel kleinere und von denen die meisten gar nicht in Neuhausen wohnen.

Eine Gemeinde hat meiner Meinung nach auch die Pflicht für die Minderheit etwas zu machen. Sind das Pflegebedürftige, sind das Alleinerziehende oder sind das solche, die ein spezielles Hobby haben. Ich denke unter all denen wären Leute, die an einer Zeitung Freude haben, nicht die kleinste Minderheit.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich bin auch der Meinung dass ER Walter Herrmann (FDP) seinen Antrag zurückziehen sollte, denn Fr. 120'000.00 haben wir einfach nicht. Ich muss an euch appellieren, sind wir eigentlich Griechen hier in diesem Saal und leben über unsere Verhältnisse, wenn wir genau sehen, was auf uns zukommt? Die Griechen leben einfach in den Tag hinein und denken, die EU schickt uns schon Geld. Die gesamte Volkswirtschaft leidet in Europa, weil dort unten das Gefühl herrscht, dass keine Steuern bezahlt werden müssen und einfach am Tropf der EU hängen. Das hier sind wiederkehrende Ausgaben, ER Jakob Walter (parteilos), weil Du gesagt hast von der Musik und vom Fussballclub. Der Fussballclub hat eine gute soziale Aufgabe, dass die Jugendlichen dort unterkommen und nicht irgendwo herumhängen. Bei der Musik wären wir froh, wenn wir Zuwachs von jungen Leuten hätten, aber leider kommt keiner mehr. Das ist das Traurige an der Geschichte. Was wir hier machen, ist eine Ausgabe in die Zukunft. Jetzt müssen wir halt mal auf die Bremse stehen, wie das jeder Unternehmer auch machen muss.

ER Peter Schmid (SVP)

Ich muss einmal etwas zu diesen Fr. 60'000.00 sagen. Es würde ja ein Vertrag zwischen der Kuhn-Druck AG und der Gemeinde gemacht, indem diese Fr. 60'000.00 feststehen. Das Unternehmerisiko liegt voll bei Dieter Mändli und der Kuhn-Druck AG und nicht bei der Gemeinde. Es gibt keine Salamitaktik. Dieter Mändli kann nicht nach ein oder zwei Jahren kommen und sagen, es reicht nicht! Bei Fr. 60'000.00 ist für die Gemeinde Schluss. Dieter Mändli hat ja eine Kalkulation erstellt und er würde sich bestimmt nicht auf die Äste raus lassen, wenn es nicht aufgeht. Ich stelle jetzt auch noch einen Antrag. Der Kommissionsbericht ist mit dem Satz zu ergänzen: "Ein allfällig zustande kommender Vertrag zwischen der Kuhn-Druck AG, Neuhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ist auf 5 Jahre zu befristen und danach neu zu beurteilen."



Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Heute Abend leben wir einen taktischen Verteilungskampf um knappe Ressourcen, sprich um knappes Geld. Was gesagt wurde bezüglich der Inserate, trifft meines Erachtens eben doch zu, wir werden im Bereich von Fr. 15'000.00 bis Fr. 20'000.00 zusätzliche Inserate haben. Es wird schlicht nicht möglich sein, alles bei der Neuhauser Zeitung zu machen. Das geht einfach nicht. Von sparen kann überhaupt keine Rede sein, sondern wir werden zusätzliche Ausgaben haben. Zweitens: Die Herausgabe von einer Zeitung wird in einigen Gemeinden im Kanton Basel-Land unterstützt. Da können Sie sich vielleicht auch überlegen, wo die Rheinfallwoche etwa gelegen wäre. Das sind Kosten zwischen Fr. 80'000.00 und Fr. 120'000.00 wiederkehrend. Es wundert mich gar nicht, dass von verschiedenen Seiten gesagt wurde, die Zeitung kostet irgendwo in diesem Bereich. Das sind nämlich genau die Zahlen aus dem Kanton Basel-Land, aber jene Gemeinden sind bekanntlich finanziell besser aufgestellt. Ich habe das letztes Mal bereits gesagt. Feuerthalen steht finanziell etwas anders da als Neuhausen am Rheinfall. Die erhalten nämlich Finanzausgleich und wir bezahlen kräftig an den Finanzausgleich. Das ist ein kleines Delta zwischen diesen Beträgen. Das bitte ich einfach zu berücksichtigen. Zu diesen Fr. 60'000.00 muss ich Ihnen sagen, die sind exkl. Mehrwertsteuer. Da kommt also noch die Mehrwertsteuer dazu. Wie lange wir einen Vertrag machen müssen, das weiss ich noch nicht. Die Verhandlungen hat ja nicht der Gemeinderat geführt sondern die Kommission hat das gemacht. Wir haben einfach einen Steckbrief Kooperationsmodell. Was dann konkret herauskommt, weiss ich effektiv noch nicht. Ich weiss noch nicht einmal ob es eine Mindestdauer oder ob eine solche Dauer von 5 Jahren akzeptiert würde. ER Peter Schmid (SVP) hat korrekt darauf hingewiesen, dass das Risiko bei der Kuhn-Druck AG liegt. Vielleicht möchten diese auch früher aussteigen, wenn es dann nicht funktioniert. Es ist wirklich noch sehr viel unklar aber nochmals ganz klar. Es sind Fr. 60'000.00 zuzüglich Mehrwertsteuer, zurzeit 8 %. Sie können sich selbst ausrechnen, was das dann ausmacht. Es sind beinahe Fr. 65'000.00, wiederkehrend. Da bitte ich Sie einfach, sich das nochmals zu überlegen. Wollen Sie das machen oder wollen Sie das nicht. Man muss sich deshalb nicht in die Haare kriegen. Ich denke das ist eine politische Entscheidung. Es macht meines Erachtens auch keinen Sinn, Schützen gegen Musikgesellschaften und Fussballer gegen Handballer auszuspielen. Das bringt uns nicht weiter. Wir müssen uns überlegen, bringt das unsere Gemeinde weiter. Der Gemeinderat ist nach wie vor, unter Berücksichtigung der heutigen Diskussion, der Ansicht, wir können es ohne eigene Zeitung machen. Wir haben wirklich die bessere Berichterstattung in den Schaffhauser Nachrichten feststellen dürfen. Da kann man sicher noch etwas optimieren, auch ohne, dass wir eine integrierte Lösung machen z.B. dass die Neuhauser Leserbriefe bei den entsprechenden Artikeln wären. Ich denke, da wären die Schaffhauser Nachrichten sogar offen und das würde nichts kosten. Ich bitte Sie nochmals, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Ich sehe grundsätzlich, dass ein grosser Wunsch für eine solche Zeitung vorhanden ist und umgekehrt hört man, was für Bedenken bestehen. Ich denke, es gibt eine gute Alternative mit einem gut schweizerischen Kompromiss. Es gibt die Variante für Fr. 20'000.00, das ist die integrierte Variante. Eine Zeitung in der Zeitung, erkenntlich als Neuhauser Zeitung. Da können Lesebriefe erscheinen, das Gewerbe kann inserieren. Wir hätten hier wirklich eine Lösung, die dazu führen kann, dass auch die Leute, die nun ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie für die Variante Fr. 60'000.00 stimmen, guten Gewissens hier zustimmen können. Ich meine, wir sollten den Antrag der Kommission ablehnen und dem Eventualantrag der Gemeinde zustimmen für die günstige Alternativvariante.



ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Die Diskussion hat sich erschöpft. Wir gehen zu den Abstimmungen.

ER August Hafner (SP)

Ich fühle mich herausgefordert, einen weiteren Eventualantrag zu stellen. Ich beantrage Ihnen, beim Antrag der Kommission zu bleiben, aber die Kuhn Druck AG, Neuhausen durch die Firma Stamm + Co. AG, Schleithelm, auszuwechseln. Zur Begründung kurz folgendes: Wir haben heute mehr oder weniger unverblümt auch gehört, dass da eine sehr enge Verknüpfung mit den Schaffhauser Nachrichten besteht und wird sogar noch personalisiert durch die Journalistin Frau Härdi, die den Schaffhauser Nachrichten zwar abhandeln würde, dann, wenn es bei diesem Antrag bleiben würde, bei der Kuhn Druck AG beschäftigt wäre. Das finde ich nicht gut. Frau Härdi leistet wirklich gute Arbeit bei den SN und sie sollte eigentlich dort bleiben. Ich wage die Prognose, dass wenn Frau Härdi nachher von einer Neuhauser Zeitung beschäftigt wird, wird sich die Schaffhauser Nachrichten nicht mehr bemühen, diesen Service zu bieten, den wir heute haben bei den SN. Ich halte mich auch als sehr gewerbefreundlich, wenn ich da die beiden Offerten ansehe, dann stelle ich fest, dass der Insertionspreis bei Stamm + Co. bei Fr. 0.65 liegt und bei der anderen Offerte bei Fr. 0.98. Es wäre sehr im Interesse des Gewerbes, der anderen Offerte den Vorzug zu geben. Soweit zu meinem Eventualantrag, der wie gesagt wortwörtlich demjenigen der Kommission entspricht bis auf den Vertragspartner.

ER Peter Schmid (SVP)

Ich bin jetzt etwas überrascht über diesen Antrag. Ich gebe ER August Hafner (SP) aber recht, was den Insertionspreis angeht. Diese Differenz besteht, das haben wir auch berücksichtigt, haben dann aber trotzdem dem einheimischen Gewerbe hier in Neuhausen am Rheinfall den Vorzug gegeben. Die Zeitung wird hier in Neuhausen gedruckt, wird hier gefaltet, wird hier verteilt etc. Da lagen unsere Überlegungen. Wenn die Fr. 60'000.00 gesprochen werden, dann an einen Betrieb in Neuhausen, denn der bezahlt auch seine Steuern hier in Neuhausen. Das haben wir uns dabei überlegt.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich bitte Sie, den gut gemeinten Antrag von ER August Hafner (SP) abzulehnen. Obwohl es ihn sehr ehrt, dass er den freisinnigen Herausgeber Stamm unterstützen will, muss ich doch ernsthaft fragen, können Sie sich mit einer Zeitung Schaffhauser Land Neuhausen am Rheinfall wirklich glücklich schätzen? Gehören wir wirklich zum Land? Bisher habe ich immer gemeint wir gehören zur Agglomeration. Wir sind eine Mischform zwischen einem Dorf und einer Stadt, aber sicher kein Klettgauer Dorf. Wenn Sie sich die verschiedenen Nummern der Schaffhauser Landzeitung anschauen, sehen Sie, dass der Interessenschwerpunkt doch etwas anders liegt. Ich bitte Sie deshalb, dass Sie beim Eventualantrag und noch lieber beim Hauptantrag des Gemeinderates bleiben.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Fr. 20'000.00-er Antrages zurück.



ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Jetzt mehrten wir die Anträge aus.

Antrag der Gemeinde:

Der Gemeinderat wird beauftragt mit den Schaffhauser Nachrichten eine Leistungsvereinbarung zur Herausgabe einer integrierten Zeitung im Umfang von Fr. 20'000.00/Jahr abzuschliessen.

Der Antrag wird mit 5 : 14 Stimmen abgelehnt.

Antrag von Peter Schmid (SVP):

Der Kommissionsbericht ist mit dem Satz zu ergänzen:

Ein allfällig zustande kommender Vertrag zwischen der Kuhn-Druck AG, Neuhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ist auf 5 Jahre zu befristen und danach neu zu beurteilen.

Der Antrag wird mit 13 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag von August Hafner (SP)

Der Kommissionsbericht ist wie folgt anzupassen:

Anstatt die Firma Kuhn-Druck AG, Neuhausen, die Firma stamm + co. AG, Schleitheim, einzusetzen.

Der Antrag wird mit 2 : 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

ER Jakob Walter (parteilos)

Der Kommissionsbericht ist wie folgt zu ergänzen:

Fr. 60'000.00 zzg. MWSt.

Antrag der Kommission ergänzt durch den Antrag von ER Peter Schmid (SVP) und den Antrag von Jakob Walter (parteilos):

Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, eine Leistungsvereinbarung mit der Kuhn-Druck AG, Neuhausen, zur Herausgabe einer kommunalen Zeitung für Neuhausen am Rheinfall im skizzierten Rahmen zu treffen und bewilligt dafür jährlich Beiträge von Fr. 60'000.00. zzg. MWSt begrenzt auf 5 Jahre.

Der Antrag wird mit 11 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Somit haben wir den Gemeinderat beauftragt einen Vertrag mit der Kuhn-Druck AG, Neuhausen, auszuarbeiten.



Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Selbstverständlich wird der Gemeinderat diesen Auftrag ausführen und wir werden das auch im Budget berücksichtigen. Ich gehe aber dennoch davon aus, dass das Postulat als abgeschrieben gilt. Es ist ja damit erfüllt. Ich hoffe, dass die Mehrheit des Gemeinderates dann mit dem Resultat zufrieden ist. Wir werden sehen, wie schnell wir das machen können. Vermutlich wird es nicht mehr dieses Jahr reichen die Zeitung zu machen. Es braucht eine gewisse Vorlaufzeit, zudem müssen wir noch in Verhandlungen treten. Wir werden das aber selbstverständlich machen. Ich denke frühestens im Frühjahr 2012 werden Sie dann die Freude haben eine eigene Neuhauser Zeitung in Ihrem Briefkasten begrüßen zu dürfen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Interpellation August Hafner (SP): Steuergesetzrevision – Ist die gedeihliche Entwicklung von Neuhausen am Rheinfall gefährdet?

Beantwortung:

Gemeinderat Dino Tamagni

Der Gemeinderat hat sich bereit erklärt, Ihnen diese Interpellation zu beantworten, weil an sich eigentlich keine neuen Fakten zum Vorschein gekommen sind, da sich die Anzeichen erhärtet haben, und die Anzeichen einer Steuergesetzrevision, wie sie ursprünglich in der Fassung des Regierungsrates geplant war, so nicht kommen wird. Dagegen spricht auch, dass die erste Fassung dieser Vorlage so nicht durchkommt und dass es eine zweite Version des Regierungsrates gegeben hat, welche unterteilt war in einen Teil A und einen Teil B. Der Teil A beinhaltete die vom Bund umzusetzenden vorgeschriebenen Massnahmen, die eigentlich unbestritten sind und die wir auch anwenden müssen. Der Teil B, die Senkung der Steuer insbesondere im Bereich der juristischen Personen bei der Gewinnsteuer sowie der Vermögenssteuer sowie bei den tieferen und mittleren Einkommen. Weil diese zwei Teile entstanden sind wurde der Teil B auch so gestaltet, dass dieser zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden kann. Man wollte abwarten, wie sich die Finanzen weiterhin entwickeln oder ob sich die Zahlen, wie sie einst präsentiert wurden mit den Fehleinnahmen von Nationalbank, EKS, direkter Bundessteuer usw., wenn sich diese wirklich definitiv erhärtet haben und sich diesem im Finanzplan des Kantons eingespielt werden, wie sich dann das Ganze präsentiert und es ist wirklich so, dass diese Zahlen nun vorliegen im Kanton und diese für die Zukunft nichts Gutes verheissen lassen. Wer noch daran glauben tut, dass hier eine Senkung der Gewinnsteuer der juristischen Personen durchgeführt wird: Die Zahl hat sich massiv verkleinert, also bis auf null reduziert. Niemand glaubt mehr daran, dass hier etwas möglich ist, an der Gewinnsteuer etwas zu machen und somit der grosse Hauptausfall, der bei dieser Senkung daraus resultiert hätte, von Fr. 1.2 Mio. wegfällt. Mit dieser Zahl von Fr. 1.2 Mio. mit der anfänglich gerechnet wurde fällt weg. Das ist das Hauptanliegen der Interpellation gewesen und aufgrund dieser Tatsache, dass in den nächsten 3 bis 4 Jahren nicht damit zu rechnen ist, sind die Fragen 1 bis 3 des Interpellanten hinfällig. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich hoffe, der Interpellant ist damit zufrieden und sieht die Interpellation als erledigt an.

ER August Hafner (SP)

Ich bin mit der Beantwortung zufrieden und zwar aus den Gründen, die Gemeinderat Dino Tamagni bereits erwähnt hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es im Kantonsrat auch unvernünftige Leute gibt, die noch eine Steuergesetzrevision unterstützen würden, die allein beim Kanton zu Fr. 13.5 Mio. Mindereinnahmen führen würden. Das kann sich der Kanton schlicht nicht leisten und wenn es sich der Kanton nicht leisten kann und der Kantonsrat sich entsprechend verhält, dann wird es auch nicht zu den gefürchteten Grosseinnahmeausfällen in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall führen. Dann ist die Sache nicht mehr so heiss, wie sie ursprünglich ausgesehen hat und die Sache ist dann erledigt.

Keine Diskussion.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Postulat Rolf Forster (SVP): Raserei auf der Brunnenwiesenstrasse

Begründung:

ER Rolf Forster (SVP)

Seit einiger Zeit verfolge ich auf Hinweise einiger Anwohner der Brunnenwiesenstrasse hin das tägliche Verkehrsgeschehen an dieser Strasse. Schwimmbad Otternstall, ein Spielplatz und viele an der Strasse parkierte Autos säumen diese schmale Strasse und wie überall im ganzen Dorf gibt es auch hier einige Verkehrsteilnehmer, die sich nicht an die vielen Fussgänger zur Badi und spielenden Kinder mit der Geschwindigkeit anpassen können. Wörtlich gesagt, es wird auch hier gerast, wie an der Zentralstrasse. Darum bitte ich die zuständige Instanz diesem Treiben ein Ende zu setzen, sei es mit Schikanen oder Geschwindigkeitsbegrenzungen. Besten Dank.

Stellungnahme:

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Das Vorgehen des Postulanten ist etwas ungewöhnlich, weil er eigentlich gleich zum stärksten Instrument gegriffen hat, das ihm zur Verfügung steht. Dem Gemeinderat und insbesondere dem Polizeireferat und dem Planungsreferat sind bis heute keine Klagen zu Ohren gekommen, dass auf dieser bekanntermassen schmalen Strasse gerast wird. Wir wissen auch, dass dort sehr oft geparkt wird. Klagen gab es während der Dauer der Aufhebung des Bahnüberganges. Dort gab es Klagen, vor allem wegen wilden Parkierens. Man käme nicht mehr durch. Der Gemeinderat ist aber bereit, das Postulat zur Prüfung entgegen zu nehmen. Die Verkehrsmessungen können erst in den kommenden Wochen erfolgen, da auch Sommerferien waren und die Verwaltungspolizei diese Messungen macht und auch nur über beschränkte Personalressourcen verfügte und es nicht sofort gemacht werden konnte. Unsere Praxis war jeweils diese, dass wir wünschen, dass die Initiative aus dem jeweiligen Gebiet kommt. Dass Unterschriften gesammelt werden, damit wir z.B. eine 30-er-Zone einrichten können. Wir sind sicher gerne bereit, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind, in der Brunnenwiesenstrasse eine 30-er Zone zu machen. Ich muss aber einfach darauf hinweisen, an meine Stelle wurde auch schon der Wunsch getragen, die Linie 7 bei der Rückfahrt über die Brunnenwiesenstrasse zu führen und das wäre mit einer 30-er Zone nicht mehr möglich. Wenn die Linie 7 bei einer 30-er Zone über die Brunnenwiesenstrasse fahren würde, würde das zu viel Zeit kosten. Wir schauen das uns aber gerne an, Schikanen würden bauliche Massnahmen bedeuten. Das sind horizontale oder vertikale Schikanen, also schlafende Polizisten wäre eine Möglichkeit oder Einbau in die Strasse, ähnlich wie Flurlingen. Wenn das ein Wunsch ist von diesen Leuten dort, dann werden wir das sicher sehr gerne prüfen. Im Budget 2012 ist allerdings noch nichts eingetragen für solche Massnahmen, aber wenn da wirklich herauskommt, dass wir auf der Brunnenwiesenstrasse ein gravierendes Problem haben, dann werden wir sicher sofort handeln. Die Schaffhauser Polizei steht solchen Klagen immer sehr offen gegenüber. Wenn die Bevölkerung den Eindruck hat, dass immer zu gewissen Zeiten da wirklich zu schnell gefahren wird, dann wird das geprüft. Recht geben muss ich ER Rolf Forster (SVP), dass wir auf der äusseren Zentralstrasse ein massives Problem haben mit Fahrzeugen, die viel zu schnell fahren. Ich habe es auch schon in diesem Rat gesagt, es ist nicht einfach, eine Kontrolle zu machen, weil den ersten erwischen wir, den zweiten vielleicht auch noch, aber der dritte schaut dann bereits sein Handy an und liest das SMS und fährt dann nicht mehr so schnell. Dort werden wir, sobald wir das Projekt Arc Actuel in diesem Bereich abgeschlossen haben und wissen wie es weitergeht auf der Burgunwiese, werden wir prüfen, ob und welche Massnahmen wir baulicher Natur dort machen müssen bzw. können.



Heute ist meines Erachtens die Strasse zu gerade, zu breit. Sie lädt ein zu schnell zu fahren. Es gibt leider immer noch Männer, Frauen sind offenbar von diesem Virus nicht betroffen, die ihren Frust mit Pferdestärken kompensieren müssen und abends da Eindruck bei sog. schwachen Geschlecht zu machen. In der inneren Zentralstrasse stelle ich fest, dass sehr oft in zu tiefem Gang gefahren wird. Es wird dadurch eine enorme Geräuschkulisse gemacht um auch zu imponieren. Ob das nützt kann ich nicht beurteilen, ich fahre einen Automat. Auch da denke ich, ist es wirklich eine Erziehungsfrage und mit Fahrstunden muss da noch etwas nachgebessert werden. Es ist richtig, an der äusseren Zentralstrasse müssen wir unbedingt etwas machen. Brunnenwiesenstrasse schauen wir gerne an.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Ich möchte noch etwas anfügen, als zuständige Referentin der Verwaltungspolizei. Ein Aufruf an alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, wenn Sie etwas aus der Bevölkerung hören, dass an einem Ort wirklich eine schlechte Verkehrssituation ist oder gerast wird, bitte melden. Die Verwaltungspolizei geht jeder Meldung nach. Wir schauen die Situation an und bei Bedarf führen wir Geschwindigkeitsmessungen durch. Wir können zwar keine Bussen verteilen, das wissen Sie, aber wir können die Verkehrspolizei aufbieten, damit sie die Messungen durchführt und dann auch die Bussen verteilt. Melden Sie sich zuerst bei uns. Das ist das einfachste und schnellste.

Diskussion:

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Ich wollte Einwohnerrat Rolf Forster (SVP) nur fragen, ob er explizit nach einer Tempo-30-Zone fragen will. Wir können dieses Postulat nur unterstützen. Ich denke, es ist vielleicht ein bisschen ein politisch zu starkes Mittel, da man solches auch auf anderem Wege bekommen kann.

ER Marcel Stettler (CVP)

Die CVP hat grosse Sympathie für das Postulat von Einwohnerrat Rolf Forster (SVP) bezüglich der Raserei auf der Brunnenwiesenstrasse. Es ist richtig, dass die Raserei in den Quartierstrassen sehr stark zugenommen hat. So ist es auch z.T. in bereits beruhigten Tempo-30-Zonen-Strassen zu beobachten, dass die Geschwindigkeitslimiten massiv missachtet werden. Man muss aber ehrlich gesagt auch sagen, dass es oft auch Anwohner sind, die in diesem Bereich wohnen. Das musste ich bei uns im Gemeindewiesenquartier auch feststellen und da gehe ich selbst zu den Personen und sage: Ist es Dir bewusst, wie Du hier eigentlich fährst? Es ist aber wichtig, dass bei Beruhigungsmassnahmen auch die richtigen getroffen werden. Einfach eine 30-er Zone ist noch lange keine Garantie, dass auch wirklich nur mit 30 gefahren wird. Das kann ich wirklich aus eigener Erfahrung im Gemeindewiesenquartier berichten. Es braucht sinnvolle und durchführbare Massnahmen. Es braucht auch die Kontrollorgane dazu. Ich denke, dem kann man mit normierten Temposchwellen entgegenwirken. Diese müssten allerdings nicht so hoch sein, wie beim Rosenbergschulhaus. Die CVP begrüsst, wenn in dieser Sache und im Sinne des Postulenten das Geschäft behandelt wird.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich kann das Postulat von Einwohnerrat Rolf Forster (SVP) unterstützen. Wie der Gemeindepräsident bereits schon erwähnt hat, müsste ich eigentlich auch eine Tempo 30-Zone an der Langrietstrasse fordern, wenn die kleinhirnigen Tempobolzer vom Sportplatz kommen am



Mittwochabend oder am Donnerstagabend, die fahren oder rasen mit 70 oder 80, die kennen keine Gnade, aber die Brunnenwiesenstrasse, ich bin heute Nachmittag auch mit dem LKW hindurch gefahren, musste das, und ich habe festgestellt, dass man mit über 30 überhaupt nicht durch diese Strasse fahren kann. Was man sofort machen könnte, wäre, dass man die Parkplätze wechselseitig versetzt, wie das in der Stadt Zürich überall der Fall ist und das mindert die Geschwindigkeit sofort. Ich stelle fest, dass auf der Brunnenwiesenstrasse die Parkplätze alle linksseitig angebracht sind. Viele Parkfelder wurden gestrichen, wie man von der Farbe her sehen kann und wenn die PWs wechselseitig parkiert werden, dann muss man automatisch viel langsamer fahren. Also eine 30-Zone an der Brunnenwiesenstrasse würde ich sogar sehr begrüßen und fordere auch die zuständigen Referenten auf, die Kalberei am Robert-Neher-Platz wieder aufzuheben. Dort oben hat es nicht ein einziges Kind und dort hat man eine Spielstrasse gemacht. Reduziert auf Tempo 20. Wer auf solch eine Kalberei gekommen ist, das frage ich mich heute noch. Man sollte das ganze Gebiet mit Tempo 30 belegen und die Tempo-20-Zone wieder aufheben. Dann hört das nämlich auch wieder auf mit der Diskussion um die Parkerei auf dem Areal der DB, ob da gebüsst werden darf oder nicht.

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Um einem Vorstoss zuvor zu kommen, wir werden auch die Situation am Neher-Platz anschauen.

ER Nil Yilmaz (SP)

Wie bereits schon unser Gemeindepräsident festgestellt hat, 99.99 % der Raser sind Männer. Ich denke junge Männer, die sich mit schnellen Autos identifizieren. Je älter die Jungs werden, identifizieren sie sich mit schönen Autos. Wir Frauen hingegen mit unseren Schuhen. Beide sind Fortbewegungsmittel. Ich persönlich finde Alkohol und Drogen am Steuer gefährlicher, aber nichts desto trotz müssen wir die Tatsache ernst nehmen, dass es Männer gibt, die sich nicht an unsere Strassenverkehrsregeln halten, daher unterstützen auch wir von der SP-Fraktion dieses Postulat.

ER Markus Anderegg (FDP)

Wir sind der Meinung, dass Neuhausen eine schöne Tradition hat mit diesen Tempo-30-Zonen. Es ist über 15 Jahre schon her, da bin ich selber Unterschriften sammeln gegangen in meinem Quartier, Rosenbergquartier/Goldbergquartier und habe damit auch gesichert, dass die Akzeptanz im Quartier bei dieser Zone und die entsprechenden Massnahmen, wie sie später auch an der Zelgstrasse realisiert wurden, angenommen wurden und somit auch weniger junge Männer zu schnell fahren. Das ist eigentlich die Kritik am Postulat und dass es gleich ein Postulat sein muss von der SVP und warum eigentlich nicht gleich die Aktion Unterschriftensammlung, wie es Tradition hat in unserer Gemeinde, von der SVP ergriffen wurde. Wir sind der Meinung in der FDP das sollte zusammen mit der Anwohnerschaft und ihren Bedürfnissen über diese Tempo-30-Zone geregelt werden. Selbstverständlich haben wir auch grosse Sympathie für den Kern des Anliegens aber vielleicht müsste da nochmals über den Titel, den wir etwas zu stark finden, nachgedacht werden.

ER Peter Schmid (SVP)

Ich fahre jeden Morgen vom Berbiceweg über die Brunnenwiesenstrasse zur Arbeit. Immer im Stossverkehr und komme auch so zurück. Was ich festgestellt habe, ist, dass die Brunnenwiesenstrasse immer noch als Schleichweg benutzt wird. Viele WT-Nummern. Besonders wenn am Morgen früh die Lichtsignalanlage rot ist und die Kolonne sich bis zu den Bushaltestellen staut, sieht man das von weither, dann fahren sehr viele deutsche Autos mit WT-Nummern über die



Brunnenwiesenstrasse und nicht selten, das muss ich sagen, über den Berbiceweg (Fahrverbot, wohlverstanden), den gesamten Berbiceweg und vorne beim Bellevue wieder in die Badische Bahnhofstrasse und über die Bahnschranke wieder in die Klettgauerstrasse. Da müsste man auch mal etwas unternehmen, dass dieser Schleichverkehr aufhört. Diese Leute fahren wirklich immer zu schnell. Das kann ich jeden Morgen beobachten. Die haben es ja eilig und wollen auf die Arbeit und fahren dann wirklich sehr schnell über die Brunnenwiesenstrasse. Das Postulat kann ich nur unterstützen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich unterstütze dieses Anliegen auch. Nur noch zum Gemeindepräsident betreffend 7-er Bus. Dieser könne nicht durch die Brunnenwiesenstrasse fahren, wenn dort 30-Zone wäre. Ich habe eine Überschlagsrechnung gemacht. Wenn diese Brunnenwiesenstrasse 1 km lang wäre, dann macht der Unterschied, ob man mit 30 oder mit 50 fährt, was ja sowieso unrealistisch hoch ist, dass man auf der ganzen Länge mit 50 fahren kann, dann macht der Unterschied 48 Sekunden aus und alles was mit die 50 nicht erreicht, verkleinert diese Differenz. Für mich ist das kein Argument.

ER Willi Josel (SVP)

Was mich hier stört, ist, dass jetzt alle von einer 30-Zone reden. Ich habe das Postulat hier und sehe das nicht. Das Postulat wurde ja nicht darauf fokussiert sondern es ging darum, die Geschwindigkeit zu senken und da gibt es andere Möglichkeiten, als eine 30-Zone. Etwas hat mich zum Nachdenken gebracht. Der Gemeindepräsident sagt, es sei eine Erziehungsfrage; ich sage es ist eine Nationalitätenfrage. Ich sehe immer wieder, wer in diesen Autos sitzt. Auch das ist ein Punkt, den man zu bedenken hat. Wenn man eine Geschwindigkeitskontrolle macht und dann sieht, wo diese ist, dann ist das ja gut und dann bremsen diese Personen ab und dann haben wir das Ziel schon erreicht. Das ist die beste Möglichkeit, die Geschwindigkeit zu drosseln. Da braucht es keine 30-Zone. Ich bin der Auffassung, dass Einwohnerrat Rolf Forster (SVP) das nicht aus den Fingern gesogen hat, sondern dass er tatsächlich mit den Personen gesprochen hat. Es geht einzig und alleine darum, diese Raserei zu stoppen und nicht, dass man das ganze Quartier umbauen muss.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Wenn ich den Einwohnerrat richtig verstanden habe, sind Sie alle der Ansicht, dass an der Brunnenwiesenstrasse etwas unternommen werden muss. Deshalb frage ich auch den Postulanten an, ob er bereit wäre sein Postulat in eine Interpellation umzuwandeln. Sie würden nämlich dem Gemeinderat einen Bericht und Antrag ersparen. Ich versichere Ihnen, dass wir Massnahmen ergreifen werden. Der Einwohnerrat ist ja dieser Ansicht, dass dort etwas unternommen werden muss und dann werden wir das auch machen. Zu Einwohnerrat Willi Josel (SVP): Natürlich steht es nicht explizit aber sie wissen auch, nach unserer Norm gibt es die 50-Zone, die 30-Zone, es gibt die Begegnungszone. Wenn Sie hingegen Tempo 40 machen wollen, dann müssen Sie ganz spezielle Voraussetzungen haben. Wenn Sie die Geschwindigkeit senken sollen, dann müssen Sie an Tempo 50 etwas machen. Das wäre inkonsequent, wenn man unterschreibt und dann erstaunt ist, wenn es eine 30-Zone gibt. Es gibt für mich nichts anderes realistischerweise. Wir können nicht ein Geschwindigkeitsmessgerät überall haben das blitzt. Das ist völlig unmöglich. Die Verwaltungspolizei darf das gar nicht und die Schaffhauser Polizei hat die Kapazität nicht. Also müssen wir eine 30-Zone machen und wenn Sie das wollen, dann müssen gewisse Schikanen eingebaut werden. Sie müssen horizontale oder vertikale Schikanen einbauen. Ausser es wird wirklich recht gut akzeptiert, dann müssen wir nichts machen. Eine Möglichkeit ist tatsächlich das Versetzen der Autoabstellplätze, das ist ganz klar. Wenn aber keine 30-Zone vorhanden ist, dann gibt es auch



Spezialisten, die sich dann aufs Kurvenfahren üben und sich dann so einen Spass daraus machen. Mein Hauptanliegen für meine Wortmeldung ist wirklich die Anfrage an den Postulanten, ob er das Postulat nicht in eine Interpellation umwandeln könnte und es damit bereits erledigt wäre und ich versichere Ihnen, wir machen etwas an der Brunnenwiesenstrasse und sonst kommen Sie nochmals.

ER Rolf Forster (SVP)

Ich werde das Postulat in eine Interpellation umwandeln.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Vielen Dank!

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Dann bist Du mit der Beantwortung dieser Interpellation zufrieden?

ER Rolf Forster (SVP)

Die verschiedenen Gespräche haben mir die Bestätigung gegeben.

ER Peter Gloor (SP)

Ich habe bilateral mal mit dem Gemeindepräsidenten gesprochen, ob der 3.3-Personen-Bus nicht über die Brunnenwiesenstrasse zurückfahren könne. Er hätte verschiedene Badegäste mitnehmen können und dann wären wir vielleicht auf 7.5 Personen im Durchschnitt gekommen. Ich unterstütze die Interpellation von Einwohnerrat Rolf Forster (SVP), möchte aber noch sagen, wenn wir schon an die Arbeit gehen, ob nicht geprüft werden könnte, dass der Bus bei der Rückfahrt über die Brunnenwiesenstrasse fahren könnte. Er nimmt halt dem 1-er Bus die Fahrgäste weg.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Wir haben nicht einen 3.3-Personen-Bus sondern wir sind bei einer Auslastung von 4.8 Personen anstatt den minimal angestrebten 5 %. Das ist unbefriedigend und wir schauen das sicherlich an. Ich habe das bereits bei der Direktion der VBSH umgehend deponiert. Ich prüfe das auch. Es gibt aber auch sehr gute Nachrichten, nämlich von einer grossen Firma, die jetzt nach Neuhausen am Rheinfall kommt an die Victor-von-Bruns-Strasse. Die sind begeistert von der Bushaltestelle unmittelbar vor ihrem Gebäude. Die kommen doch mit sehr vielen Personen und alleine diese Firma bezahlt das Defizit, das wir haben mit diesem Bus. Es läuft zwar über eine andere Kasse. Der Finanzreferent wird mir das schon noch sagen. Man sieht, es gibt auch Sekundäreffekte von einer solchen Buslinie, dass grosse Firmen hierher kommen.

ER Willi Josel (SVP)

Ich bin froh, dass mich der Gemeindepräsident über das StVG aufgeklärt hat. Ich mache das erst seit kurzem, seit 41 Jahren befasse ich mich mit dem und gebe seit Jahrzehnten entsprechende Schulungen. Das ist mir alles bekannt, aber warum nicht die Versetzung, wie es Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP) vorgeschlagen hat? Es wird auch dann noch Idioten geben, das ist mir klar, aber wegen

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch



denen muss man ja nicht die ganze Umgebung abändern. Das ist die einfachste Massnahme und die kostet keine Fr. 60'000.00 wie die Zeitung.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 5 Interpellation Felix Tenger (FDP): Stromsparen bei der Strassenbeleuchtung

Ergänzungen:

ER Felix Tenger (FDP)

Ich wurde von einer Mitbürgerin auf dieses Thema angesprochen. Nicht am Markt, obwohl ich auch oft dort anwesend bin. Ich spreche auch sonst mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Sie sagte mir, sie versteht nicht, weshalb so viel Energie verschwendet wird, gerade mit der Beleuchtung. Sie versteht nicht, weshalb ganze Quartiere ausgeleuchtet werden, obwohl etwas weniger Licht auch genügen würde. Nun weiss ich, dass unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse bestehen. Es macht einen Unterschied, ob Sie vielleicht abends vor dem Fernseher sitzen oder ob Sie vom Ausgang heimkommen. Als ich dann aber von der Beleuchtung im Zentrum gelesen habe, wurde ich dann schon hellhörig und bin interessiert, ob man so etwas nicht flächendeckend einführen könnte. Ich habe dann noch einen Artikel in der Coop-Zeitung gelesen. Da war unter ökologisch und fair erläutert, dass die Tage im Sommer lang und die Nächte kurz sind, doch das ist uns nicht genug, wir beleuchten unsere Städte und Dörfer in der Nacht auf Teufel komm raus. Das ist falsch und verschwenderisch. Das machen wir jetzt im Zentrum nicht, aber es würde mich interessieren, ob man so etwas nicht auch in den Quartieren machen könnte. Dementsprechend bin ich gespannt auf die Antwort.

Beantwortung:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich habe heute Abend noch ganz kurz im Internet geschaut und eine Seite gefunden, auf der die Angabe zu finden ist, dass ungefähr 50 % der Energie im Bereich der öffentlichen Beleuchtung eingespart werden könnte. Das ist eine gewaltige Summe und wir tragen hier in Neuhausen am Rheinfall auch unseren Teil dazu bei, dass man einsparen kann. In der Zeitung ist gestanden, dass die neue Beleuchtung im Zentrum 80 % weniger Strom brauche. Das wäre natürlich schon toll, wenn das stimmen würde. Was richtig ist, die Weihnachtsbeleuchtung im Zentrum braucht 80 % weniger Strom. Die alte Weihnachtsbeleuchtung war eine echte Energieschleuder. Das waren diese kleinen Birnchen. Nicht wirklich unschön, das kann man nicht sagen, aber äusserst wartungsintensiv. Jeden Tag mussten meine Mitarbeiter mehrere Lämpchen und Birnchen auswechseln, weil diese sehr stark erhitzen und wenn Schnee darauf viel, platzen sie sofort. Die neue Beleuchtung wird eine LED-Beleuchtung sein. Sie ist bereits eingelagert beim EKS in Beringen und wartet nur, bis es Dezember wird und das wird schneller sein, als dass uns vielleicht lieb ist. Die Beleuchtung, wie wir sie jetzt im Zentrum haben, haben wir andernorts schon eingesetzt. Es handelt sich dabei um Natrium-Dampflampen. Die sind noch etwas besser als Halogenmetallampflampen, weil sie über weisses Licht verfügen und nicht über das unangenehme gelbe Licht. Nicht möglich wäre es gewesen auf LED umzustellen. Der Beleuchtungskörper, den wir hier auf Empfehlung der EKS gewählt haben, ist zurzeit nicht verwendbar mit LED. Das kann sich aber noch ändern, weil es ein bewährtes System der deutschen Firma DEGA ist. Im Legislaturziel der Gemeinde aktuell bis 2012 ist festgehalten worden, dass wir bis Ende 2012 keine Quecksilberlampen mehr in der Strassenbeleuchtung haben wollten. Da sind wir relativ gut unterwegs. Es braucht immer wieder Überzeugungsarbeit, auch im Gemeinderat, dass diese Kosten notwendig sind. Aber wir machen das. Sämtliche Leuchten werden jedes Jahr einmal geprüft. Wir haben dafür bei der EKS ein Abonnement. Das heisst Quick, Quick-Service und dazu gehört auch das entsprechende Material und damit ist gewährleistet, dass da nicht gröbere Probleme entstehen.

Frage 1:

Sieht der Gemeinderat weitere Möglichkeiten wie beim Lichtmanagement in der Gemeinde Neuhausen der Elektrizitätsverbrauch weiter gesenkt oder optimiert werden kann:

a) Ist eine ähnliche Lösung wie bei der Beleuchtung im Zentrum auch in anderen Quartieren möglich und sinnvoll?

Antwort:

Wir haben, um die Frage a) zu beantworten, die gleichen Lampentypen, d.h. Leuchtmittel, wie in den Quartieren eingesetzt.

Frage:

b) Können Gemeindestrassen und insbesondere Quartierstrassen allenfalls mittels Beleuchtungen mit Bewegungsmeldern versehen werden?

Antwort:

Die Bewegungsmelder sind eine interessante Idee. Das funktioniert leider nicht, weil diese Art von Leuchtmittel, Gasentladungslampen, ihr Licht erst nach einer gewissen Zeit hervorbringen können. Die Person wäre längst weitermarschiert, wenn dann wirklich hell ist. Wir können keine Bewegungsmelder hier verwenden.

Frage:

c) Kommt allenfalls der Einsatz von LED-Leuchten in Frage?

Antwort:

Auch meine Mitarbeiter haben mich gefragt, wollen wir nicht LED-Leuchten als Test einsetzen? Ich musste einfach sagen, dass wir andere Resultate haben werden als Thayngen oder Winterthur oder sonst andere Schweizer Städte. Wir müssen einmal nicht die ersten sein. Wir werden mit der bewährten Technik weiterfahren und dann sukzessive auf LED umstellen, wenn es soweit ist. Es ist zu erwarten, dass in den nächsten 5 bis 8 Jahren diese LED-Leuchten noch bedeutend besser bezüglich des Energieverbrauchs werden und dass vor allem der Preis sinken wird. Wir haben vorgesehen, dass wir ungefähr in 5 Jahren, sprich 2016, die ältesten Natriumdampfbeleuchtungskörper durch LED-Leuchten ersetzen werden. Die ältesten sind dann über 30 Jahre alt und die können dann mit gutem Gewissen in den Ruhestand versetzt werden.

Frage:

d) Welche weiteren Möglichkeiten wären aus Sicht des Gemeinderates technisch möglich und für die Gemeinde sinnvoll?

Antwort:

Technische Möglichkeiten sind uns zurzeit nicht bekannt oder schauen wir nicht als sinnvoll an.

Frage 2:

Könnte allenfalls die zeitliche Dauer der Beleuchtung in der Nacht reduziert werden, ohne dass dies das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung beeinträchtigen würde?

Antwort:

Das ist eine Gratwanderung. Wenn wir die Kandelaber so einstellen, dass jeder zweite leuchtet, dann geht es kaum eine Woche, bis eine besorgte Mutter anruft, ihre Tochter komme jeweils etwas später heim mit dem Freund und sie hätte Angst um diese. Das ist kein Scherz. Das ist so. Wir schalten dann jeweils die Kandelaber in umgekehrter Reihenfolge aus und dann geht es wieder. Wenn wir aber mit beiden zurückgehen, dann ist genau das Sicherheitsbedürfnis angesprochen. Der



Gemeinderat hat bereits am 10. März 2010 die Reduktion der Leistung der Strassenbeleuchtung um 1.5 Stunden verlängert. Es ist 1.5 Stunden länger dunkel. Die reduzierte Leistung ist länger in Betrieb, als dass es früher der Fall war. In den Quartieren leuchten die einzelnen Lampen nur bis Mitternacht und schalten sich erst wieder um 06.00 Uhr ein. Auf den Durchgangsachsen Zollstrasse, Klettgauerstrasse und Rosenbergstrasse etc. ist die Leistung der Beleuchtungskörper von Mitternacht bis morgens um 06.00 Uhr um rd. ein Drittel verkürzt. Ohne diese Interpellation hätte ich das nicht bemerkt. Ich hatte eigentlich immer den Eindruck, es sei sehr hell erleuchtet. Es ist aber ein Drittel weniger ab 24.00 Uhr bis morgens um 06.00 Uhr. Also abends um 22.00 Uhr bis 24.00 Uhr ist es am hellsten. Wenn der Einwohnerrat nun der Ansicht ist, wir könnten noch weiter hinunterfahren, also z.B. nur jeden 3. Kandelaber einstellen, dafür sind wir sicher offen. Wir legen da nicht grossen Wert darauf, möglichst viel öffentliche Beleuchtung zu haben, sondern wir erstreben, möglichst wenig zu haben. Wir denken aber, dass wir zurzeit ein gutes Mass gefunden haben. Wir lassen uns aber wirklich gerne belehren, umgekehrt aber auch. Wenn also jemand den Eindruck hat, irgendein Weg sei zu wenig ausgeleuchtet, sind wir selbstverständlich auch offen, dies zu prüfen und es evtl. zu verbessern.

Frage 3:

Mit welchen ungefähren Einsparungen wäre bei Realisierung von Massnahmen zu rechnen und wie hoch wären die dafür notwendigen Investitionen?

Antwort:

Mit dem Ersatz der Quecksilberdampf lampen durch Natriumdampf lampen können je nach Leuchtstärken zwischen 37.5 % und 45 % Energie eingespart werden. Die Zahl, die ich eingangs genannt hab, die rd. 50 %, die sind richtig. Im Budget 2011 sind für den Lampenersatz Fr. 56'000.00 vorgesehen und im Budget 2012 ist dieser Betrag wiederum eingesetzt. Dann können wir davon ausgehen, wenn wir das alles eingebaut haben, dass nur noch ein sehr kleiner Teil unserer öffentlichen Beleuchtung mit energetisch schlechten Leuchten bestückt ist. Diese werden wir dann in einem weiteren Schritt im Jahr 2013 auch auswechseln. Wir können unsere Legislaturziele nicht ganz erreichen, aber beinahe. Ab 2016 werden wir dann mit dem Ersatz der ganz alten Natriumdampfbeleuchtungskörper durch LED-Leuchtmittel anfangen. Ich darf Sie auch nochmals daran erinnern, dass die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall schon seit einigen Jahren für die öffentliche Beleuchtung den Naturstrom, den AXPO Blue, einsetzen. Ich denke, damit dürfen wir uns sicherlich sehen lassen. Besten Dank.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich bin mit diesen Ausführungen zufrieden. Herzlichen Dank. Ich möchte nicht, dass wir inskünftig über jeden Kandelaber diskutieren, aber es freut mich zu hören, dass sich der Gemeinderat dieser Problematik bewusst ist und entsprechend auch alles daran setzt, Einsparungen zu realisieren. Wir haben gehört, es sind Einsparungen bis zu 50 % möglich. Das ist eine hohe Summe und ich hoffe, dass Sie möglichst viel davon erreichen können. Wir haben auch gehört, dass wir grüne Energie einkaufen. Das kostet natürlich mehr aber wenn wir diese Mehrkosten wieder durch Einsparungen verrechnen könnten, dann wäre das eine gute Kombination und wäre sicherlich schön, wenn wir das so machen könnten. Vielen Dank.

Keine Diskussion.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 6 Interpellation Willi Josel (SVP): Amtsvormundschaft reformieren?

Ergänzungen:

ER Willi Josel (SVP)

Ich möchte feststellen, dass per 01.01.2013 diese Amtsvormundschaft zentralisiert wird und was man noch nicht weiss, wie das dann mit den Beistandschaften funktioniert. Auffallend ist, in der letzten Zeit, dass es immer wieder zu einem Personalwechsel kommt in dieser Abteilung und das muss ja einen Grund haben. Diesen Grund würde ich gerne wissen und noch etwas. Ich habe das Budget vom 26.05.2011 in der Hand und habe gerechnet und dort steht unter Vormundschaft- und Erbschaftsbehörde eine Bewertung zu einer Zahl. Mehrkosten Druck amtliche Mitteilungen Vormundschaftswechsel. Da mussten mehr Inserate gemacht werden. Das ist dann der Fall, wenn sich die Leute immer laufend verdünnen. Auf der nächsten Seite steht, Amtsvormundschaft und wieder eine Bemerkung dazu. Doppelbesetzung aufgrund von Wechsel auf Amtsvormund. Das heisst, diese Wechsel führen nicht zu einer Veränderung im Personal sondern kosten auch einiges. Daher scheint mir wichtig zu wissen, wo die Probleme liegen, denn dann kann man diese beseitigen. Das ist der Grund für meine Interpellation.

Beantwortung:

Gemeinderätin Franziska Brenn

Bevor ich zu den Ausführungen komme, möchte ich zuerst noch etwas beantworten. Was mich doch schon sehr wundert, dass ER Willi Josel (SVP) der Präsident der Kommission sein wird, Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat betreffend das Gesetz zur Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Da wundere ich mich sehr, dass ER Willi Josel (SVP) sagt, die Amtsvormundschaften werden zusammengelegt. Das ist überhaupt nicht der Fall. Die Amtsvormundschaften heissen danach Berufsbeistandschaften und sie bleiben regional. Es werden nur die Behörden in dieser Vorlage zentralisiert und da merke ich, dass ER Willi Josel (SVP) den Unterschied zwischen Behörde und den ausführenden Berufsbeiständen nicht kennt.

Dann noch zu den Personalkosten. Personalkosten bei der Amtsvormundschaft haben abgenommen. ER Willi Josel (SVP) hat wieder erklärt bei der Vormundschaftsbehörde und Erbschaftsbehörde. Das ist ein grosser Unterschied.

Ich komme jetzt zu meinen Ausführungen. Um die Fragen von ER Willi Josel (SVP) zu verstehen, muss ich zum allgemeinen Verständnis etwas ausholen. Es sind vielleicht nicht alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte so gut informiert, was eine Amtsvormundschaft ist.

Allgemeine Information, was ist überhaupt eine Amtsvormundschaft?

Auf den Punkt gebracht handelt es sich um die älteste Form von Sozialarbeit. Der historische Rückblick zeigt, dass der Schutz von schwachen und hilfsbedürftigen Menschen seit jeher fest geregelt war. Von 1880 bis 1910 nahm die Bevölkerung der Grossstädte explosionsartig zu. Dabei entstanden enorme soziale Probleme. Die Anzahl der Kinder von ledigen Müttern stieg an. Die ledigen Mütter waren nicht in der Lage, die notwendige Pflege und Erziehung alleine zu finanzieren. Von Gesetzes wegen hätte jedem unehelichen Kind ein Vormund gegeben werden sollen, um die Pflege und Erziehung des Kindes zu überwachen und ein Auge auf den Lebenswandel der Mutter zu werfen. Es wurde immer schwieriger, geeignete Privatvormünder zu finden. Die Idee der



Amtsvormundschaft nach deutschem Modell fand Eingang in die Zürcher Gemeindeordnung 1907. Der Schöpfer des SZGB, der Rechtslehrer Eugen Huber, stellte den Schutzgedanken gegenüber gesellschaftlich schwachen

ER Arnold Isliker (SVP)

Ordnungsantrag! Ich stelle hier den Ordnungsantrag, die Ausführungen zu unterbrechen, weil wir nicht zuhören können, was vor 100 Jahren geschehen ist. ER Willi Josel (SVP) hat in der Interpellation ganz klar gefragt, weshalb der Personalwechsel ist und nicht nach der Geschichte. Das ist die Frage der Interpellation.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Wir stimmen hier über den Ordnungsantrag ab.

Der Antrag wird mit 4 : 7 Stimmen bei 8 Enthaltung abgelehnt.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Der Schöpfer des SZGB, der Rechtslehrer Eugen Huber, stellte den Schutzgedanken gegenüber gesellschaftlich schwachen und schutzlosen Personen in den Mittelpunkt. Neben dem Amtsvormund war neu eine Fürsorgerin (sprich Frau) tätig, welche die praktische Betreuung der Mündel übernahm, aber unter dem Kommando des Amtsvormundes. Mentona Moser und Maria Fierz erkannten die Notwendigkeit einer fundierten Ausbildung für Frauen, zur Bewältigung neu geschaffener Aufgaben. 1908 leiteten sie in Zürich die ersten halbjährigen Kurse für Kleinkinder-Fürsorge. Daraus entwickelte sich 1920 die Schule für Soziale Arbeit Zürich.

Die Amtsvormunde sind seit Einführung des ZGB ein Teil des Vormundschaftsrechts, das heisst sie arbeiten im Auftrag der Vormundschaftsbehörde. Eine der vielen Definitionen eines Rechtslehrers bringt es auf den Punkt: "Das Vormundschaftsrecht sorgt dafür, dass nicht unter der elterlichen Gewalt stehende Einzelpersonen, welche ihre persönlichen oder finanziellen Angelegenheiten nicht selbst besorgen können, einen von der Behörde eingesetzten und beaufsichtigten Betreuer und Vertreter erhalten, der die Interessen des Schutzbefohlenen, wenn nötig auch gegen dessen Willen, zu wahren hat, unter Mitberücksichtigung berechtigter Anliegen der Angehörigen und der Öffentlichkeit. Vormundschaftliche Massnahmen sollten auch erst dann angeordnet werden, wenn private Hilfsmöglichkeiten nicht bestehen oder nicht zum Ziel führen." Ca. 2% der Bevölkerung benötigen eine vormundschaftliche Massnahme.

Hauptaufgaben

Die Aufgaben orientieren sich am ZGB in ca. 150 festgelegten Gesetzesartikeln: Zum einen im Kinderschutzrecht: Die Eltern sind in erster Linie von Gesetzes wegen verpflichtet, das Wohl des Kindes zu wahren. Kinderschutzmassnahmen haben ergänzenden Charakter. Schutz des Kindesvermögens, Erziehungsbeistandschaften mit Unterstützung der Eltern mit Rat und Tat bezüglich Erziehung und Ausbildung, Regelung des Besuchsrechts, Wahrung des Unterhaltsanspruchs, Überwachung des persönlichen Verkehrs, Beschränkung der elterlichen Gewalt, Feststellung des Kindesverhältnisses zum Vater, Suche nach einem geeigneten Aufenthaltsort für das Kind, Durchführung der Platzierung, Vertretung des Kindes gegenüber der Pflegefamilie und dem Heim, Gespräche mit Lehrern und Schulsozialarbeitern, Organisieren von Round-Tables. Beantragen von Sozialpädagogischen Familienbegleitungen, und **immer muss das Wohl des Kindes im Zentrum sein.**



Bei Erwachsenen: Führen von Beistandschaften, Beiratschaften, Vormundschaften, Vertretung in rechtlichen Geschäften, Verwaltung von Vermögen und Einkommen, Sicherung der finanziellen Existenz, persönliche Betreuung, suchen von Heimplätzen, Verhandlungen mit Ärzten, Arbeitgebern, Familienangehörigen, Banken, Versicherungen, Einholen von Sozialversicherungsleistungen etc.

Was unterscheidet einen Amtsvormund von einem Sozialarbeiter ohne gesetzlichen Auftrag?

Die ganz konkrete sozialarbeiterische Arbeit und das systemische Denken sind dasselbe. Aber und jetzt kommt das grosse Aber: Der Amtsvormund ist rechenschaftspflichtig, in erster Linie der Vormundschaftsbehörde gegenüber und in zweiter Linie dem Amt für Justiz und Gemeinden. Der Verantwortungsbereich ist so hoch, dass der AV mittels regelmässiger Rechenschaftsberichterstattung entlastet wird. Es können Fehler passieren, die weit reichende Folgen haben: Beispiele: Das Vermögen wird nicht richtig angelegt, die Pflegefamilie ist überfordert mit dem zu betreuenden Kind, Sozialversicherungen werden nicht rechtzeitig angemeldet, Fristen bei Gericht werden verpasst etc.

Und da liegt die Herausforderung: Das Gesetz bietet einen grossen Schutz für den AV, dessen Einhaltung jedoch gleichzeitig unbedingte Pflicht bedeutet. Deshalb besteht ein sehr hoher Anspruch an die vormundschaftliche Tätigkeit. Einerseits muss der gesetzlich formulierte Anspruch erfüllt werden, andererseits sollte sie Hilfestellung bieten, die ausschliesslich dem Wohl der Betroffenen dienen soll. Diese Doppelaufgabe erfordert viel Fingerspitzengefühl für einerseits die persönliche Betreuung und andererseits hohe Fachkompetenz zur Erfüllung des vormundschaftlichen Auftrages.

Sie erkennen sicher: Die Arbeit eines Amtsvormundes ist enorm vielseitig, spannend und sehr anspruchsvoll. Noch vor nicht langer Zeit war die Stelle des Amtsvormundes die Krönung der sozialarbeiterischen Tätigkeit, verbunden mit hohem Ansehen und weit reichender Handlungskompetenz. In Zürich war der AV bis vor kurzem den Juristen vorbehalten.

Auch dieser Beruf hat sich wie viele andere dem Zeitgeist angepasst. Die Verantwortung und die weitreichende Handlungskompetenz sind zwar geblieben, aber das Ansehen ist nicht mehr dasselbe. Die Forderungen von Eltern, Schule, Ärzten, Heimen etc. sind gestiegen, die Klientschaft fordert lauter und aggressiver, die Vernachlässigung der Kinder nimmt zu, die Familien sind zunehmend überfordert. Dazu kommt der anhaltende Termindruck. Und als letzte Heilinstanz wird der Amtsvormund auf den Plan gerufen, der die Scherben kitten soll.

Auch die Person des AV ist in der Regel nicht mehr derselbe wie vor 25 Jahren. Den Anspruch: "eine AV ist man nicht nur während der Arbeitszeit, sondern rund um die Uhr", wollen viele Sozialarbeiter nicht mehr umsetzen. Die Work-Life-Balance ist wichtig, Familie, Freunde, Hobbies etc. haben einen immer höheren Stellenwert. Dies ist auch sehr wichtig, die harte psychische Arbeit erfordert eine Erholungszeit.

Amtsvormundschaft Neuhausen am Rheinflall

Die Gemeinde Neuhausen am Rheinflall hat insgesamt 190 Stellenprozent Mandatsarbeit und 40 Stellenprozent Buchhaltung. Die Zusammenarbeit mit dem Schreiber Vormundschaftsbehörde und auch der Vormundschaftsbehörde ist eng, die Wege sind kurz, was in der täglichen Arbeit eine grosse Erleichterung darstellt. Die Gemeinde ist übersichtlich, die Wege in Schule und andere Institutionen kurz. Man kann sich schnell orientieren, die zuständigen Personen an den Schlüsselstellen wie Kant. Sozialdienst, KJPD, Polizei, SVA, Zweidihei etc. kennt man sehr schnell und man erhält ohne Aufhebens Auskunft.

2008 kam eine Anfrage der AV, dass eine zusätzliche Sachbearbeitungsstelle einzurichten sei, da sie sich den steigenden Anforderungen nicht mehr gewachsen sahen. Die Sozialreferentin hat daraufhin einen Städtevergleich mit Frauenfeld, Olten, Arbon, Wittenbach SG, Baden und



Neuhausen am Rheinflall durchgeführt. Bei diesem Städtevergleich ging es darum, wie viele Stellenprozente pro Mandat zur Verfügung stehen. Es handelt sich dabei um klassische Amtsvormundschaften, das heisst ausschliesslich Mandatsführung nach ZGB. Im direkten Gespräch kam zu Tage, dass auch ohne Vergleichszahlen alle einer steten Belastung ausgesetzt sind. Die Arbeitsflut lässt sich wenig kanalisieren, da Notfälle, und von denen gibt es immer mehr, binden viele zeitliche Ressourcen. Verschiedene Gemeinden lösten aus diesen Gründen die Amtsvormundschaft auf und stellen Sozialarbeiter ein, welche die Sozialhilfe und die Mandatsführung gleichzeitig erledigen. Der Gemeinderat lehnt eine solche Vermischung entschieden ab. Bei der AV ist man Anwalt des Klienten und bei der SOHI Anwalt der Gemeinde. Die beiden Aufgabenbereiche lassen sich nicht unter einen Hut bringen. Diverse Gemeinden haben bereits auch wieder den Rückwärtsgang eingelegt, auch im Hinblick auf das revidierte Vormundschaftsrecht, welches ja eine bessere Professionalisierung bei der Mandatsführung fordert.

Der Leiter Sozialdienst Olten suchte und begründete einen idealen Aufteilungsschlüssel. Sein Ergebnis ergab, dass auf 100 Stellenprozente und 100 Mandate 30 Stellenprozente für Sachbearbeitung und Buchhaltung kommen sollten. Das ergibt den Schlüssel von 1,3 Stellenprozente pro Mandat. Bei Kindsschutzmassnahmen sollte der Schlüssel 0,8 Mandate pro Stellenprozent nicht übersteigen.

Im Frühling 2008, in der Folge gingen wir von einem Schlüssel von 85 Mandaten auf 100 Stellenprozenten aus. Dies hätte damals bei 132 Fällen 160 Stellenprozente ausgemacht. Die AV Neuhausen am Rheinflall, hatte jedoch 190 Stellenprozente. Im Städtevergleich schnitt die AV Neuhausen am Rheinflall mit einem Schlüssel von 1,67 gut ab. Selbstverständlich kann man nicht einfach 1:1 vergleichen, da die Aufgabenverteilung divers läuft, die Komplexität der Fälle unterschiedlich ist etc. Trotzdem hat der GR die Sachbearbeitung um 10% aufgestockt, was einen Schlüssel von 1,74% pro Mandat ergab.

Die Realität divergierte mit der gefühlten Arbeitsbelastung. Das Thema war sehr virulent und die Enttäuschung gross, dass keine volle Sachbearbeitung eingesetzt wurde. Zudem war aufgrund von Krankheitsausfällen die AV immer wieder unterbesetzt, das heisst die laufenden Mandate mussten vorübergehend von einer Stellvertretung innerhalb der AV übernommen werden. Dies hat sich jedoch in den vergangenen 1 ½ Jahren sehr verbessert.

Amtsvormundschaft, Juni 2011

Die Anzahl der Mandate, vor allem der Kindsschutzmassnahmen, nimmt momentan zu. Die VB Neuhausen überwacht über 200 Mandate. Im Frühling 2010 hat die Gemeinde einen Kurs für private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger durchgeführt, welcher ein voller Erfolg war. Zurzeit haben wir in der Gemeinde ca. 50 private Mandatsträger, die unglaublich wertvolle Dienste erweisen.

Nachteil für unsere AV: Die "einfacheren" Verwaltungsmandate gehen weg; die AV hat vorwiegend die komplexen Fälle und die Kindsschutzmassnahmen. Konkrete Zahlen: Ende 2007 132 Massnahmen. März 2011, 158 Massnahmen. Und die ganz grosse Änderung besteht bei Verteilung Erwachsene zu Kindern. Hatten wir Ende 2007 55 Kinder, waren es Ende März 2011 83 Kindsschutzmassnahmen.

Was ist der Unterschied in der Belastung? Die Kindsschutzmassnahmen sind komplexer: das heisst, das Kind ist nicht der Ansprechpartner oder nur teilweise, aber zur Hauptsache die Mütter, Väter, Hort, Krippe, Schule, das ganze Umfeld des Kindes muss einbezogen werden. Bei Platzierungen kommt die Suche nach einem geeigneten Platz dazu, die Verhandlungen, Probephasen mit Auswertung, Suche nach geeigneten Therapien, Gutachtensaufträge und Mitarbeit mit dem KJPD. Etc. etc. Dazu kommt der stark belastende Faktor, nämlich die Unsicherheit, ob die Entscheidung die richtige ist, z.B. ob das Kind bei der Mutter bleiben kann, ob die Besuche beim Vater gut laufen, ob



die Vorwürfe des anderen Elternteils stimmen, wie die Familie nach einer Unterstützung funktioniert etc.

Was ist sonst noch anders als früher?

- AV ist keine Respektperson mehr.
- Die Forderungen seitens Fachstellen steigen.
- Die Finanzierung von Unterstützungsmassnahmen wird schwieriger.
- Wichtige Handlungen oder Entscheide müssen akribisch dokumentiert sein.
- Fristen z.B. beim Sozialversicherungsamt sind kürzer, immer mehr Belege sind notwendig.
- Stellen wollen nicht mehr bezahlen, aufwändigere Formulare.

Trotzdem, ich betone es, die Arbeit ist und bleibt zwar anspruchsvoll, jedoch voller neuer Herausforderungen, bei denen neben Fachwissen, Professionalität und Verantwortung auch viel Kreativität gefragt und gefordert ist.

Nun zu den Fragen:

Frage 1:

Was sind die Ursachen für die ungewöhnlich häufigen Personalwechsel auf der Neuhauser Amtsvormundschaft?

Antwort:

Die Wechsel sind nicht häufiger als bei anderen Amtsvormundschaften, die ich kenne. Sie sind in diesem Frühling **zufällig gleichzeitig**, das haben die Personen betont: Für eine Person 30 % war das kleine Pensum seit längerer Zeit Stein des Anstosses. Sie war fünf Jahre bei der AV Neuhausen, sie begann als Stellvertretung, wollte dann bleiben und erhielt daraufhin eine Festanstellung. Sie arbeitet nun in einer anderen Gemeinde 60 %. Deren Nachfolge hat ein Kleinkind, dessen Betreuung fiel von einem Tag auf den anderen aus, so dass sie während der Probezeit gehen musste. Eine Person war vier Jahre bei uns mit dem Pensum 80 %, wechselt nun in den Kanton Zürich und hat dort keine Kinderschutzmassnahmen und weniger Fälle, (dafür 12 verschiedene Sozialhilfebehörden). Der Vorteil ist nun, dass die 110 Stellenprozente besser aufgeteilt werden mit 60 %- und 50 %-Stellenpensen.

Frage 2:

Gelingt die Suche nach Ersatz ohne Schwierigkeiten?

Antwort:

Die Suche nach der geeigneten Person ist aufgrund der hohen und spezialisierten Anforderungen nicht einfach. Zudem ist der Markt bei den Sozialarbeitern ziemlich ausgetrocknet, das heisst gute Fachpersonen sind dünn gesät. Dazu kommt, dass die Löhne der Nachbarkantone nicht nur ein wenig, sondern viel höher sind. Aber wir konnten die Stellen besetzen. Eine Person ist als ausgewiesene Fachperson bekannt, die andere, so haben wir den Eindruck, wird sich schnell einarbeiten können. Für die Besetzung der restlichen 50 % lassen wir uns bis Ende 2011 Zeit.

Frage 3:

Haben diese Wechsel aufgrund des Know-how-Verlustes, aber auch durch die erforderliche Einarbeitungszeit, Einfluss auf die Funktionsfähigkeit dieser Behörde?

Antwort:

Erstens: Die Amtsvormundschaft ist keine Behörde. Zweitens: Sie ist zurzeit gut aufgestellt und auf einem sehr guten Niveau. In der heutigen Zusammensetzung hat die Sozialreferentin seit Monaten keine einzige Beschwerde mehr erhalten, weder seitens Klienten, noch seitens sozialer Institutionen oder des Amtes für Justiz und Gemeinden. Trotzdem setzen wir, der Gemeinderat und das



Sozialreferat, alles daran, dass die Arbeit auf diesem Niveau bleiben wird. Erfreulicherweise besteht eine Solidarität unter den Mitarbeitern, indem sie sich helfen und unterstützen, das ist immer wieder sehr eindrücklich und keine Selbstverständlichkeit. Zudem: Der Gemeinderat bewilligte im Juli 2011 eine zusätzlich befristete 40 %-Stelle, um den erhöhten administrativen Aufwand bei der Vormundschaftsbehörde aufzufangen, die ein Stellenwechsel auslöst.

Frage 4:

Welche Massnahmen unternimmt der Gemeinderat, um diese häufigen Personalwechsel zu stoppen?

Antwort:

Ein Teil ist oben erklärt. Die Gemeinde ist eine grosszügige Arbeitgeberin, was Supervision und Weiterbildung anbelangt. Grundsätzlich, liegt es uns fern, Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter mit goldenen Ketten anzubinden. Der Markt ist gross, ich kann keine Garantie abgeben, wann der oder die nächste eine für sie oder ihn passendere Stelle finden wird. Bei auftauchenden oder formulierten Problemen suchen wir sofort gemeinsam nach Lösungen. Man kann es drehen und wenden wie man will, die Arbeit eines Amtsvormundes ist kein Zuckerschlecken und ist und bleibt anspruchsvoll und teilweise an den Nerven zehrend.

Frage 5:

Lässt sich ein Zusammenhang mit dem neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrecht erkennen?

Antwort:

Nein, die grundsätzliche praktische Arbeit bleibt dieselbe; ob nun die Massnahme unter dem Namen Vormundschaft oder erweiterte Beistandschaft läuft, ist marginal. Der Amtsvormund heisst danach Berufsbeistand, aber es ist dieselbe Arbeit. Die Klientschaft bleibt dieselbe und die grossen Veränderungen bleiben auf der gesellschaftlichen Veränderung bestehen.

ER Willi Josel (SVP)

Wenn das alles so gut ausgeht und die Leute freiwillig gehen, dann dürfte es ja keine Doppelzahlungen geben. Hier stimmt also etwas nicht! Ich möchte noch auf das Votum von der Gemeinderätin zurückkommen betr. Vormundschaft. Die Vormundschaft wird zentralisiert. Das Vormundschaftswesen wird zentralisiert. Es wird eine Behörde geben mit dieser Funktion und Vorgesetzter ist das Obergericht. Das wird zentralisiert. Die Beistandschaft ist etwas anderes. Es steht in der Vorlage drinnen, dass man diskutiert über Berufsbeistandschaften. Das wird jetzt besprochen und man spricht davon, dass es regional geführt wird, ähnlich wie beim Friedensrichter. Man spricht davon, dass man das in der Gemeinde Neuhausen machen kann und dann braucht man sich nicht anzuschliessen, weil bei 10.000 Einwohnern die Zahl gerade erreicht ist. Nochmals, das wird es regional geben, aber das Vormundschaftswesen wird professionalisiert so wie das neue ZGB auch vorsieht und das steht in der Vorlage drinnen und nichts anderes. Wir haben die Fragen jetzt beantwortet. Wie weit das alles zutrifft, kann ich nicht beurteilen. Nochmals der Wechsel ist einfach ungewöhnlich. Ich möchte keine Diskussion.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Ich möchte noch sagen, dass ich es auch schade finde, wenn die Leute gehen. Ich würde sie sicherlich lieber bei uns behalten. An meiner Person alleine kann es nicht liegen, weil bei der Sozialhilfe immer noch die gleichen Personen wie vor 8 Jahren sind. Jetzt halt nochmals eine Richtigstellung. Vormundschaftswesen hat nichts mit Vormundschaft zu tun. Es gibt danach keine Vormundschaften mehr. Sie heissen Beistandschaften, erweiterte Beistandschaften, aber die



Ausführungen werden nicht zentralisiert, sie bleiben regional. Die Amtsvormundschaft hat nichts mit der Behörde zu tun. Das ist bei uns die Erbschafts- und Vormundschaftsbehörde, die wird zentralisiert. Nicht die Amtsvormundschaft, die Vormundschaftsbehörde, das ist etwas ganz anderes. Das ist die Gewaltentrennung.

Keine Diskussion.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 7 Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Attraktiviertes und verschönertes Ortszentrum

Beantwortung:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich werde in gebotener Kürze Antwort geben auf diese Interpellation, da die Zeit schon sehr fortgeschritten ist.

Frage 1:

Gibt es ein Reglement, das diese Art von Aussenmobiliar, Reklame und Beschilderungen reglementiert und Auswüchse damit verhindert werden?

Antwort:

Nein, das gibt es nicht zurzeit. Das einzige, was wir haben, ist die Bauordnung. Dort können wir mit dem Ästhetikartikel eingreifen. Das ist die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist, wenn Aussenwirtschaften gemacht werden oder Verkaufsanstrengungen auf dem Trottoir abgehalten werden, dann braucht es eine Bewilligung und mit der Bewilligung können wir Auflagen machen.

Frage 2:

Wenn nein, ist der Gemeinderat bereit ein solches Reglement zu erstellen?

Antwort:

Wir sind sicher bereit, dort etwas zu machen, wo ein Missstand ist. Wir wollen aber keine Bauordnung für Marronihäuschen analog zur Stadt Zürich. Das haben wir nicht vor. Der ganz entscheidende Punkt ist aber einstweilen, dazu fehlt uns die gesetzliche Grundlage um so etwas zu machen. Wir können ja nur etwas machen, wenn uns der Einwohnerrat dafür mit einer Verordnung dazu die Kompetenz gibt. Wir beabsichtigen aber, gewisse Punkte aufzunehmen, mindestens für die Kernzone mit der neuen Bauordnung.

Frage 3:

Welche Vorgaben haben Trottoiranstösser zurzeit bei dessen Nutzung für ihr Geschäft und wie viel Fläche muss für die Passanten frei gehalten werden?

Antwort:

Die Fläche, die freigehalten werden muss, kann ich Ihnen nicht auf den Quadratmeter genau sagen. Das macht eigentlich die Verwaltungspolizei. Die ist zuständig für die Freihaltung des öffentlichen Raums. Sehr viele Bereiche der Zentralstrasse, die wir als öffentlich empfinden, sind privat. Auf privatem Grund darf ich eine Festbank aufstellen oder darf ich andere offenbar interessante Sachen aufstellen. Da können wir an sich nichts machen. Das ist zulässig. Auf privatem Gelände darf ich das machen. Wir werden die Vermarktung in den nächsten Wochen und Monaten durchführen lassen. Wir haben bereits mit dem Kanton einen interessanten Preis vereinbaren können, der für beide Seiten stimmt.

Frage 4:

Können Gewerbebetriebe, die das Trottoir als zusätzliche Gewerbefläche nutzen, dies gebührenfrei tun?

Antwort:

Das Trottoir kann nicht einfach als zusätzliche Gewebefläche genutzt werden. Selbstverständlich auch nicht gebührenfrei. Das kostet was und braucht eine Bewilligung und kommt auf die Intensität der Nutzung an. Was bis jetzt, glaube ich, gebührenfrei ist, sind die Passantenstopper. Die Passantenstopper sind die netten Schilder im 90 Gradwinkel oben befestigt. Die sollen dazu führen, dass man auch auf Geschäfte und Restaurants, die etwas zurückliegen, aufmerksam wird. Ich denke, das ist auch richtig so.

Frage 5:

Ist es angedacht, Beschriftungen und Reklamen so zu reglementieren, damit Neuhausen in einem einigermaßen einheitlichen Stil erscheint?

Antwort:

Da werden wir sicher schauen, was wir in der Bauordnung machen können. Wir können mit der Ästhetik sicher etwas machen. Wir möchten nicht so weit gehen, wie das die Stadt Schaffhausen gemacht hat und wir einzelne Sonnenschirme verbieten werden. Das ist nicht unsere Absicht.

Frage 6:

Welche Vision hat die Gemeinde Neuhausen mit dem "attraktivierten und verschönertem Dorfzentrum" (Einkaufsmeile? Handwerkershops? Strassencafés? Handwerker und Gewerbeläden? Verpflegen und Verweilen von Touristen?) und wie will sie diese z.B. mit Neuansiedlungen umsetzen?

Antwort:

Die Vision, die wir haben und wie wir das mit Neuansiedlungen umsetzen wollen. Da muss ich die CVP etwas enttäuschen. Wir leben in einer Marktwirtschaft und da sind eigentlich die Grundeigentümer selber verantwortlich, dass sie ihre Liegenschaften wieder mit interessanten Mieterinnen und Mietern füllen können. Wir haben immer gesagt, wir wollen hier dafür sorgen, dass man flanieren kann, dass man parkieren kann, dass man sich wohlfühlt und das haben wir mit dem neuen Dorfzentrum sehr gut erreicht.

Frage 7:

Wer wäre für die Umsetzung und Einhaltung von Reglementen verantwortlich?

Antwort:

Das kommt darauf an, wenn es bauliche Massnahmen wären, dann wäre das die Baupolizei. Das wäre z.B. bei Fragen wg. Beschriftungen und Beleuchtungen, wenn es aber um den öffentlichen Aussenraum geht, dann ist die Verwaltungspolizei verantwortlich. Geht es um den privaten Aussenraum, dann ist es wieder die Baupolizei.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Kernpunkt der Frage nicht getroffen wurde. Das ist eigentlich, was macht das Ortsmarketing um hier eine grössere Attraktivität zu erreichen und ich sehe und habe mit Überraschung gelesen, wer alles die Interpellation unterschrieben hat. Das wäre nun wirklich die klassische Aufgabe des Ortsmarketings, dafür zu sorgen, dass man z.B. einem Restaurant mustergültig zeigt, wie man das machen könnte. Ich habe z.B. mit Freude gesehen, dass das Restaurant Park seine Speisekarte Deutsch und Englisch hat, parallel in einer etwas kleineren Schrift. Ich denke das ist ein guter Weg. Wenn man am Bodensee schaut was dort auf der deutschen Seite passiert oder wenn man nicht so weit fahren will vielleicht bis zum Güterhof in Schaffhausen, dann sieht man eigentlich, wie man heute Restaurants gestalten kann. Ich bin nicht ganz sicher, ob man tatsächlich diesen Stil, wie er heute z.T. noch angetroffen wird, ob das zukunftsfruchtig ist mit z.B. Gratissonnenschirmen, Plastiksitzen aus unbekannter Quelle, verschiedenen Alters. Ich denke hier müsste eigentlich das Ortsmarketing tätig sein. Ich war auch



der Ansicht, dass der Gemeindebeitrag eben auch für solche Aktivitäten und Projekte vielleicht eingesetzt werden kann. Ich mag mich daran erinnern, das Ortsmarketing hat vor Jahren mal ein Angebot gehabt für das Gestalten von Schaufenstern, aber weil ja alle schon so gut sind, wollte das niemand in Anspruch nehmen. Es gab noch ein Angebot für die Beschriftung von Läden. Das hat eine einzige Person in Anspruch genommen. Das Zahnlabor von Walter Herrmann. Das ist nun tatsächlich viel besser beschriftet seit diesem Zeitpunkt und da denke ich liegt natürlich der Hase im Pfeffer. Es kann nicht immer der Ruf nach dem Staat sein, dass wir jetzt da eine Einkaufsmeile machen. Einen Handwerkershop aufmachen, Strassencafés etc. Das kann doch nicht die Aufgabe der Gemeinde sein! Da bin ich einfach erstaunt, wie solche Interpellationen kommen! Umso mehr, weil die Gemeinde in den letzten Jahren das Ortsmarketing wirklich massiv unterstützt hat. Das wäre jetzt wirklich der Kern, dass man zeigt, wie läuft heute ein Restaurant? Warum läuft eigentlich der Güterhof in Schaffhausen so gut? Da muss man sich vielleicht wirklich überlegen, sind die Coca-Cola Sonnenschirme wirklich noch das richtige, ist eine Festbank noch das richtige? Ist es das richtige vom Speisenangebot her? Wenn ich mich daran erinnere, dass man in der Kommission davon gesprochen hat, dass man vielleicht Holzpodeste machen könnte. Dass man da eine gewisse Gemütlichkeit machen könnte. Wir haben den Ladenbesitzern und auch den Restaurantbetreibern ein Angebot gemacht für Töpfe, Blumentöpfe. Im gleichen Stil wie die Gemeinde sie gekauft hat, einfach in einer kleinere Version. Der Verschönerungsverein bezahlt an jeden Topf einen stolzen Betrag. Ich muss Ihnen ehrlich gestehen, der Geschäftsführer des Ortsmarketings musste fast auf den Knien herumrutschen, dass wir die minimale Zahl von Töpfen zusammenbrachten. Wir sind jetzt auf 13 Töpfen und 10 ist das Minimum. Da muss ich einfach sagen, die Eigeninitiative braucht es. Ich habe auch am letzten Samstag gesagt, die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sind jetzt wirklich gefordert zu schauen, wo braucht es etwas neue Farbe? Stimmt die Raumaufteilung in den Läden noch? Ist es wirklich zukunftssträftig, so wie alles aufgestellt ist? Die Gemeinde hat nun die Vorleistung gemacht. Jetzt sind aber die anderen gefordert. Die Gemeinde unterstützt sicher und hilft gerne im Rahmen des Ortsmarketings. Wenn wir im Rahmen von Planungen helfen können, dann sind wir sicherlich auch gerne bereit. Aber mit dem Reglement für Aussenmobiliar etc. lösen wir die Probleme der Ladenbesitzer und Restaurantbesitzer sicherlich nicht. Jetzt sind wirklich kreative Ideen gefragt auch in Zusammenarbeit mit dem Ortsmarketing, dann sehe ich wirklich eine sehr gute Chance. Besten Dank.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Wenn ich gewusst hätte, dass nun das Ortsmarketing einen derartigen Hieb ans Schienbein bekommt, dann hätte ich "Welche Vision hat die Gemeinde Neuhausen?" einfach nicht reingeschrieben. Mich hat es einfach interessiert, was denkt die Gemeinde und was für eine Vision hat sie. Diese zehninütige Ausführung über die Zuständigkeiten wollte ich eigentlich gar nicht hören. Mir ist es vorwiegend darum gegangen, Gemeindepräsident Stephan Rawyler, kann jeder machen, was er will von den Gewerbetreibenden? Das gibt es nicht, es gibt eine Bauordnung und die Baupolizei ist doch bereit einzugreifen, wenn es zu irgendwelchen Verstössen käme, die nicht akzeptiert werden können. Ich stelle mir das so vor. Jeder, der Kinder hat, weiss, Kinder brauchen Grenzen und das ist sehr gut vergleichbar, wenn eine Bestimmung oder wenn eine Bauordnung herrscht, wenn die Gewerbler wissen, es gibt bestimmte Bestimmungen. Ich finde es gut, wenn die Gemeinde das auch so sieht.

*Diskussion:*ER Peter Schmid (SVP)

Die Fraktion der SVP ist auch nicht für masslose Auswüchse, was das Aussenmobiliar, Reklamen und Beschilderungen vor den Läden, Restaurants und sonstigen Gewerbebetrieben im neuen Ortszentrum betrifft. Wir geben aber zu bedenken, dass fast alle politischen Parteien, insbesondere die Bürgerlichen sowie der Schweizerische Gewerbeverband, die kantonalen und lokalen Gewerbeverbände schon seit Jahren gegen allzu starke Reglementierungen, Vorschriften und neue Gesetze kämpfen. Verzichten wir doch auch in Neuhausen am Rheinfall auf überbordende Bürokratie und Regulierungswut, welche vor allem unser Gewerbe stark belasten und in seiner Arbeit behindern würde. Sind wir doch glücklich, dass wir noch Betriebe hier in Neuhausen haben, welche ein Boulevard-Café auf dem Trottoir betreiben oder eine Verkaufstafel vor den Laden stellen. Das bringt Leben und Konsumenten und unter Umständen auch neue Mieter von leer stehenden Ladenbetrieben nach Neuhausen am Rheinfall. Diese aktiven Gewerbler dann auch noch mit unnötigen Vorschriften oder zu hohen Gebühren zu bestrafen, wäre wirklich nicht gewerbefreundlich. Und seien wir doch ehrlich, es gefällt uns allen ja auch, wenn wir in den Ferien durch die Einkaufsstrassen von Portofino, Meran, Hamburg, Bangkok oder San Francisco schlendern. Diese meistens sehr geordnete Unordnung, die Leuchtreklamen, die Marktstände und von Hand geschriebene Angebotstafeln strahlen doch eine faszinierende Atmosphäre aus und zeugen von Leben. Aber wie schon gesagt, auch wir sind nicht für masslose Auswüchse in unserem neuen Ortszentrum. Wir sind aber ganz klar gegen überbordende Bürokratie und Regulierungswut, welche wirklich das Gewerbe stark belasten würde. Und wir können es uns nicht leisten, dass wir noch mehr leer stehende Läden hier in Neuhausen am Rheinfall haben und Steuerzahler verlieren. Sollte irgendjemand, das Ortsmarketing oder der Gemeinderat in Betracht ziehen, Reglementierungen und Vorschriften in dieser Hinsicht erlassen, so würden wir uns sehr freuen, wenn er dies in Zusammenarbeit mit den betroffenen Betrieben, dem Gewerbeverband und dem Ortsmarketing tun würde.

ER Arnold Isliker (SVP)

Es hat immer noch Reklamen und Beschilderungen im Ort, die schon mehrere Jahre nicht mehr vorhanden sind. Da ist das Ortsmarketing gefordert, um das mal zu berichtigen. Ein Wunsch an die Gemeinde, die leer stehenden oder bepflanzten Baummulden mit Grün oder Rasen zu bepflanzen. Noch schöner wäre mit Blumen.

ER Markus Anderegg (FDP)

Grundsätzlich sind wir auch der Meinung, dass es gut ist, dass dieses Thema angesprochen wurde. Wir haben jetzt 0 über 10 Jahren ein schönes Zentrum erhalten. Es ist allen hier drinnen, dass vor allem in der Gastronomie die gleichen alten Möbel, die vorhin schon alt waren, wieder hinausgestellt wurden. Das macht eigentlich normalerweise niemand, denn wenn man schon etwas neu gestaltet, dann hätte ich auch erwartet, dass das Gewerbe, allen voran die Gastronomie, sich überlegt hätte, kreative neue Aussenbereiche zu schaffen. Ich glaube das ist auch ein Problem der Motivation und etwas einfalllos ist es auch. Ich denke, da ist Arbeit angesagt. Der Gemeindepräsident hat es angesprochen, das Ortsmarketing ist enorm gefordert in diesem Bereich. Da bin ich auch total überzeugt davon. Man muss diesen Leuten gute Beispiele zeigen. Dann ist unsere Fraktion geschlossen völlig gegen diese Reglementierung. Lassen wir diesen Gewerbetreibenden doch genug Luft. Sie hatten jetzt genügend Baulärm und sollen doch jetzt ihre Kreativität ausleben. Jetzt



braucht es vermutlich auch noch etwas Zeit und wir müssen Geduld haben. Wir müssen dieses Zentrum wieder zurückerobern. Das ist nicht allen klar und wir müssen diese Funktion, dass wir breite Boulevards haben und diese auch nutzen dürfen, sollen und auch müssen, muss zuerst noch ankommen. Ich bin auch etwas enttäuscht, dass es nicht von selbst in Bewegung geraten ist, aber ich glaube wir müssen hier Überzeugungsarbeit leisten. Wir alle sind gefordert, das Gewerbe insbesondere ist gefordert. Ich möchte jetzt, dass nicht mehr gejammert wird, sondern dass endlich neue Taten, neue Kreativität und ein zukunftsgerichtetes Neuansetzen dieser Geschäfte in Bewegung kommt, weil ansonsten können wir diese Investition wieder abschreiben und zu den alten Dingen übergehen. Das haben wir alle nicht gewollt. Ich denke, das ist eine ganz starke Aufgabe des Ortsmarketings, dass sie da mit Überzeugungsarbeit an die Leute herangeht um mit guten Beispielen die Sache ins Rollen zu bringen.

ER Marcel Stettler (CVP)

Nur ganz kurz aus Sicht des Ortsmarketings, da ich den Geschäftsführer sehr persönlich kenne! Es ist so, dass wir hier auch Anstrengungen treffen und Anstrengungen laufen und wir geben uns alle Mühe, dass wir im Ortszentrum diesen Schwung mit der Einweihung, die wirklich gelungen ist, auch nachvollziehen können. Ich kann die Worte von Gemeindepräsident Stephan Rawyler nur unterstützen. Das mit den Blumenkübeln war eine Knochenarbeit mit x Telefonaten, mit x Besuchen und viel Überzeugungsarbeit. Dies ist nicht ganz so einfach. Es ist mir auch klar, dass die Aufgaben für das Ortsmarketing relativ stark sind. Ich habe diverse Aktivitäten bekommen, auch mit dem Citymarketing von Winterthur mit Kontakten in Schaffhausen, die Konzepte und Motivatoren aufgelegt haben, um die Geschäfte zu attraktivieren. Zusammen mit dem Gewerbeverband sind wir auch dabei, ein Projekt mit dem Namen Zentrum, welches in Kürze erscheinen wird.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 8 Motion Felix Tenger (FDP): Einführung einer GPK

Die Motion von ER Felix Tenger (FDP) wird infolge fortgeschrittener Zeit auf die nächste Sitzung verschoben.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Wir treffen uns zur nächsten Sitzung am 22. September 2011. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Christian Schwyn
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin